

Deutsche Holzarbeiter.

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionschluss
Dienstag Mittag. — Zu beziehen durch alle
Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das
Organ gratis.

Redaktion und Expedition: Köln am Rhein,
Palmstraße 14. — Fernsprecher Nr. 7605. —
Inserate kosten die viergespaltene Zeile
30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen
der Zahlstellen kosten die Hälfte.

Agitation und wieder Agitation.

„Was man von der Minute ausgeht,
Sibt keine Zeit mehr.“

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands will ein lebendiges Glied der christlichen Gewerkschaftsbewegung sein. Und darum ist es Aufgabe, zu sorgen, daß in seinem Kreise Lebensmut und Schaffensfreudigkeit herrscht, daß sein Lebensnerv, die Agitation nicht unterbunden wird. Die im Jahre 1907 gewonnenen 800 Mitglieder sind aber kaum Beweis dafür, daß in der Agitation genug geschieht.

Es wird Aufgabe der Ortsvereine sein müssen, in den nächsten Tagen schon, sofern es noch nicht geschehen, die Frage einer planmäßigen Agitation zu erörtern und dann ungeduldet an die Arbeit zu gehen. Man muß sich allenthalben darüber klar sein, daß jeder Versämler, der in der allernächsten Zeit nicht für den Verband gewonnen wird, ein Hindernis für die energische Wahrnehmung der Interessen der Kollegen in der jetzigen Lohnbewegung und den kommenden Kämpfen ist. Wird aber die jetzige Zeit agitatorisch ungenutzt gelassen, dann mögen die Kollegen, die heute ihrer Ruhe pflegen, sich selbst dafür verantwortlich machen, wenn die abzuschließenden Tarifverträge nicht nach ihrem Willen ausfallen. Auch die Arbeitgeber wollen, wie es um die Organisation der Arbeiter bestellt ist und richten dementsprechend ihre Maßnahmen ein.

Schon das starke Anwachsen der Arbeitgeber-Verbände zeigt uns, daß eine härtere Agitation auch in unserem Bereich notwendig ist. Wir müssen uns daher mit aller Kraft an die Agitation machen, um die Forderungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unumgänglich zu machen.

Mit der Agitation sind wir im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter anderen christlichen Gewerkschaften gegenüber ins Hintertreffen geraten. Fast gewinnt es den Anschein, als habe die alte Begeisterung, die früher unseren Verbandsmitgliedern fast überall eigen war, merklich nachgelassen und einen „Eichfahnenlassen“ Platz gemacht. Die Agitation zu machen, wird als Privileg der freigesetzten Kollegen überlassen und die Mitarbeit am Gedeihen des Verbandes besteht im wesentlichen aus der Zahlung der Beiträge und dem gelegentlichen Besuch der Versammlungen. Der Kollegen, die mit Begeisterung, Mut und Opferstun die Sache des Verbandes zu betreiben machen, sind eher weniger wie nicht vorhanden. Früher war es der Stolz unseres Verbandes, in der Gesamtbewegung in jeder Beziehung mit an der Spitze zu stehen; die Begeisterung, die Opferwilligkeit und der Eifer unserer Kollegen wurden überall anerkannt. Heute ist eine andere Einschätzung des Verbandes jenem Eiferlosen Platz gemacht, nämlich die, daß bei den Holzarbeitern die meisten „guten Kerle“ zu finden seien. Kann eine weiche in dieser Hinsicht von der Hand zu weichen. Wie sah heute all jene Kollegen, die in den Anfangsjahren unserer Bewegung und auch später noch im Vorderstreffen standen? Wo machen sie ihre Erfahrungen dem Verbande nutzbar? Wo wirken sie aufeinander und begeisternd auf die jüngere Kollegenschaft ein? Wo stellen sie sich im Vorderstreffen und geben so der Kollegenschaft ein gutes Beispiel?

Kann etwa eine neunzehnjährige Tätigkeit im Verbande ihnen die Kraft zu weiterer Arbeit rauben? Keiner der Besten unserer Bewegung nicht weiter als zu einer letzten Zeit?

Solche Fragen sind angebracht bei Beobachtung der Erscheinungen im wirtlichen Leben und dem immer rückwärts schreitenden Schicksal der „guten Kerle“. Area und fast fallen ihnen die Hände, zahlen ihre Beiträge selbst dann noch, wenn sie ein wenig, oder auch ein halbes Jahr im Rückstand sind, bezahlen sie und wieder oder auch regelmäßig die Beiträge, nicht aber bringt sie aus ihrer Lage, so daß sie ein Recht zu haben glauben. Es gibt fast keinen im Verbande, wo die Zahl dieser „guten Kerle“ an den 1000 der Mitglieder übersteigt. Bei den meisten ist die Tätigkeit im Verbande nur ein halbherziger Versuch, sich an der Bewegung zu beteiligen. Die jetzige Situation des Verbandes macht zu viel Arbeit. Nicht aber den Gegnern. Wenn man unsere Zahlstellen unseres Verbandes nach den Verhältnissen der eine noch geringere wie bei ihrer

Gründung haben, vermochten gegnerische Organisationen ihre Mitgliederzahl am Orte um das doppelte je um das Dreifache in derselben Frist zu steigern. Aber die treuesten Mitglieder zu besitzen ist ein Vorrecht unseres Verbandes.

Soll das so bleiben? Wollen die christlich gesinnten und organisierten Holzarbeiter zusehen, wie ihr Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im wirtlichen Leben sich nicht hebt, sondern sogar mancherorts noch im Schwinden begriffen ist? Wollen sie das System der „guten Kerle“ gegenüber einer machtvollen Erfassung des Verbandes bevorzugen? Solches ist doch kaum anzunehmen.

Mit neuer Begeisterung müssen alle Mitglieder des Verbandes an die Arbeit gehen und neue Kämpfer für ihre idealen Bestrebungen zu gewinnen suchen. Nicht nur die jüngeren Kollegen sollen so tätig sein, sondern auch diejenigen, die meinen: „andere können auch mal etwas tun.“ Wenn die jüngeren Kollegen sehen, wie in den älteren das Feuer der Begeisterung noch nicht erloschen ist und wie sie sich tatensroh an die Spitze stellen, dann muß das wirken und zu Nachahmung anspornen.

„Wieder und immer wieder“ muß der Ruf zur Agitation erhoben werden, soll nicht auch unsere Bewegung jenen Punkt erreichen, auf dem die Hirsch-Dunker'sche bereits angelangt ist. Frisch pulsierendes Leben ist aber nur möglich, wenn alle Glieder des Organisationskörpers in Bewegung bleiben und dem Körper ständig frisches Blut zugeführt wird. Darin liegt das Geheimnis des stetigen Wachstums und Stärkerwerdens.

Nach der beschriebenen Zurücklage heißt es mit Mut und Begeisterung in die Agitation eingetreten. Selbst da, wo in früheren Zeiten keine neuen Streiter zu gewinnen waren, muß man heute durch die Agitation neue Kämpfer für die Sache gewinnen. Ist jedoch einmal der Mut verloren, dann ist alles verloren. Dieses darf uns und immer einleuchten. Wo die Kollegenschaft dieses begehrt, da werden auch noch Erfolge zu erzielen sein. Ein lehrreiches und pädagogisches Beispiel geben hier die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes. Durch eine systematische Hausagitation haben dieselben ihrem Verbande im Monat Januar 1904 und im Monat Februar 687 neue Mitglieder zugeführt. Ist solches nicht auch im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter möglich? Besitzen seine Mitglieder nicht die persönliche Opferwilligkeit, wie sie den Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes eigen ist? Zeigen wir, daß bei den Holzarbeitern noch die alte Begeisterung lebt und zu Taten ansetzt.

Das gemeinschaftliche Wort lautet: „Gehet auf die Schanzen“, muß deshalb die Losung aller Verbandsmitglieder heißen. Jeder Kollege muß sich als ein Agitator fühlen, wenn der Zentralverband christlicher Holzarbeiter eine Macht im wirtlichen Leben sein soll. Erfüllen wir unsere Pflicht und kämpfen wir für die Ideale unserer christlichen Arbeiterbewegung mit einer Begeisterung, die, wenn die schwache Kraft des einzelnen erlahmen sollte, ihn noch tragen läßt:

„Mit reut die Stunde, die nicht Sarnsch trug;
Mit reut der Tag, der keine Kunde trug;
Mit reut, ich sag' es mit jactandem Sinn,
Dass ich nicht dreifach klipp gewesen bin!“



Arbeitslosenversicherung.

Von Zeit zu Zeit, besonders gelegentlich einer wirtschaftlichen Krise, so schreibt die „Textilarbeiter-Zeitung“, lauten Vorschläge und Anregungen auf, eine Arbeitlosenversicherung auf staatlicher Grundlage einzuführen. Ueber Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer solchen Versicherung ist man sich größtenteils einig, nur bei der Frage: Wie und auf welcher Grundlage ist sie durchzuführen, gehen die Meinungen auseinander. Die Beantwortung dieser Frage ist auch nicht so ganz einfach. Man muß immerhin bei der Erwägung der öffentlichen-staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenversicherung zu gewissen Zeiten mit großen Massen von Arbeitslosen rechnen. In solchen Fällen wäre es für den Staat notwendig, wenigstens in den ersten Jahren der Existenz einer solchen Versicherung, schwer, aber rechtlich erzwungen, Anordnungen zu treffen. Bei der kommunalen Arbeitslosenversicherung, nicht zufällig — wir sehen in hiesiger Gegend von der Beschäftigung von Holzarbeitern ab — wird wohl ebenfalls in Großstädten, daselbst einzutreten können. In beiden Fällen hätte aber die große Masse der in Betracht kommenden Personen die Mittel auch die Durchführung der

Mittel sichtlich vom Staate, der Kommune, den Arbeitgebern und Arbeitern geschehen, wodurch zweifellos ein beträchtliches Risikokapital aufgebracht würde, so tritt doch immer wieder die Frage der Möglichkeit der allgemeinen und den Massen genügenden Durchführbarkeit in den Vordergrund. Von sozialpolitischen Gesichtspunkte aus müssen wir uns aber sagen: Eine Reihe sehr wichtiger sozialpolitischer Maßnahmen harren noch ihrer Verwirklichung. Hier hat die Gesetzgebung zunächst den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Erst diese Aufgaben gelöst, dann kann auch zu weiteren Fragen geschritten werden.

Somit können wir zusammenfassen: Seitens des Staates würde die gute Absicht zunächst noch auf zu große Schwierigkeiten stoßen. Die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises müßte einheitlicher und in weiterem Umfange zunächst geregelt werden. Staat und Kommune sind denn auch auf ein Zusammenwirken angewiesen. Und wäre die Durchführung wirklich möglich, so bleibt die Frage offen, ob die Maßnahmen auch allen Anforderungen genügen.

Bei der kommunalen Arbeitslosenversicherung wird unstrittig mit dieser die Förderung der Leistung von Notstandsarbeiten, Abziehung von ledigen Arbeitskräften u. d. m. in Hand gehen. Dies kann zu Härten und Mißgriffen führen, und wird schließlich die Sympathie der Arbeiterschaft finden.

Demgegenüber ist vorderhand die Frage angefaßt der wirtschaftlichen Zustände nur möglich zu lösen in engeren, durch ihre gemeinsamen wirtschaftlichen und beruflichen Interessen zusammengehörigen Körperchaften: durch die Berufsverbände. Sie sind berufen, Staat und Kommune gegenüber bahnbrechend vorzugehen.

Ist die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Kulturbewegung, die ihren Mitgliedern Anteil an der geistigen und materiellen Kultur verschaffen will, so muß das letztere ganz besonders auch bei den Arbeitlosen in Betracht kommen. Die wirtschaftlichen Zustände nur möglich zu lösen in engeren, durch ihre gemeinsamen wirtschaftlichen und beruflichen Interessen zusammengehörigen Körperchaften: durch die Berufsverbände. Sie sind berufen, Staat und Kommune gegenüber bahnbrechend vorzugehen.

Die Durchführbarkeit wäre nun nicht so schwer, wäre die finanzielle Grundlage hierfür nicht in erster Linie aufschlagend. Von dem heutigen status quo müßte unbedingt abgewichen werden, d. h. soll etwas davorliegen, selbst bei Verbands eingeleitet werden, so muß auch seitens der Mitglieder finanziell „nach aufwärts“ gestrebt werden. Auch ist zu berücksichtigen, daß unser Verband infolge der übrigen Unterhaltungsverrichtungen nur die Zeit der unverschuldeten Arbeitslosigkeit zu verwalten braucht. Haben wir nun eine Krankenversicherung, die doch gleichsam eine Unterstützung für Arbeitslosigkeit durch Krankheit bildet, so liegt die Frage sehr nahe, ob es nicht besser wäre, die Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit der Krankenversicherung als Gewerkschaftsversicherung einzuführen. Selbstredend wäre diese Maßnahme ebenbürtig und würde dabei den notwendigen Verwaltungsdapparat bedeutend vereinfachen.

Bei Diskussion der ganzen Frage könnte man einwenden, daß wir uns immer mehr auf das Gebiet der Unterhaltungsverrichtungen verlagern, dabei leicht die eigentlichen Gewerkschaftlichen Fragen und auch den gewerkschaftlichen Idealismus aus dem Auge verlieren. Das eine braucht das andere nicht zu verhindern, und die Erfahrungen in anderen Organisationen beweisen zur Genüge, daß man beides zusammen verbinden kann zum Nutzen der Arbeiterschaft.

Bei diesen Darlegungen und wohlgemeintem Vorschläge drängt sich nun die Frage auf, ob die Mitwirkung von Staat oder Kommune bei der guten Absicht der Gewerkschaften nicht möglich sei durch Gewährung eines Zuschusses für diese vorläufige Unterhaltungsverrichtungen. Freier wie nicht, so ist dies in Belgien auch schon geschehen. Jedenfalls aber müssen die Gewerkschaften, solange von Staatseigenen nicht geschieht, in diesen Fragen die Initiative ergreifen.

6. Würzburg, 6. Aschaffenburg, 7. Fürth, 8. Ansbach, 9. Erlangen, 10. Amberg, 11. Regensburg, 12. Augsburg, 13. Landschut, 14. Rosenheim, 15. Kempten, 16. Ingolstadt, 17. Schweinfurt. Die bayerische Holzindustrie wird demnach unter der bewährten Leitung von Nürnberg ein wesentlicher Faktor unseres Verbandes werden, und daß der Anschluß Münchens nur noch eine Frage der Zeit ist, beweist ja die Erklärung des Vorstandes in der letzten Nummer der „Fachzeitung.“

Eine Bemerkung hierzu erübrigt sich. Unsere Kollegen müssen selbst wissen, was den Bemühungen des Arbeitgeberverbandes gegenüber ihre Pflicht ist.

Die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe fand am 17. und 18. Februar in Hannover statt. Der hier gefaßte wichtigste Beschluß geht dahin, daß „an den einmal vom Arbeitgeberbunde getroffenen Feststellungen bezügl. der abzuschließenden Tarifverträge nichts geändert werden dürfe, und daß eine vertragslose Zeit mit Rücksicht auf die sich daraus für Allgemeinheit ergebenden Schwierigkeiten nicht stattfinden kann.“ Dieser Beschluß soll nach dem Berichte der Rheinisch-westfälischen Arbeitgeberzeitung einstimmig gefaßt sein. Sollte dem so sein, so muß angenommen werden, daß der Standpunkt, den der Bund bisher zu den Tarifverträgen eingenommen hat, nicht mehr und nicht weniger wie ein taktisches Manöver war. Tarifverträge, die nur den Willen einer Seite enthalten und der Gegenseite aufzuzwängen sind, sind keine Verträge. Die schon begonnenen Verhandlungen behufs Abschluß neuer Tarifverträge zeigen hoffentlich, daß die mit den Verhandlungen beauftragten Personen weiter denken, als die Generalversammlung in Hannover.

Die Unternehmer organisieren. Die Industriellen Württembergs hielten vor kurzem eine Versammlung ab mit der Absicht, sich dem Zentralverbande der deutschen Industriellen anzuschließen. Der Geschäftsführer desselben, Herr Buel, der bekannte Scharfmacher, hielt dabei die Einleitungsrede. Besonders liegt ihm die deutsche Sozialpolitik im Magen, bei welcher er zwei verschiedene Perioden unterscheidet. In der ersten, welche von der Regierung veranlaßt wurde, habe die Abstellung tatsächlicher Missethate stattgefunden, was die Unterstützung aller weislichen und wohlwollenden Unternehmer gefunden habe. Das sei jedoch bei der darauf folgenden zweiten Periode nicht mehr der Fall gewesen, weil diese sich dadurch kennzeichne, daß die politischen Parteien bei ihrem sozialpolitischen Handeln mehr und mehr auf die Stimmung der Wählermassen Rücksicht genommen hätten. Es folgte weiter eine Rechtfertigung des viel besprochenen Wortes vom 28. Oktober v. J., daß der Unternehmer Herr im Hause sein müsse. Der Zentralverband deutscher Industrieller vertrete nicht jene bekannte Herrenmoral mit der Peitsche in der Hand, aber wenn die Industrie nicht zugrunde gehen wolle, dann müsse ein Herr im Hause sein, dessen Wille maßgebend sei und der in seinem Betriebe anordnen könne, was er für gut finde. Es sei notwendig, daß sich die Arbeitgeber organisieren, nicht um gegen die Arbeiter zu kämpfen, sondern um sozialdem. Uebergriffe abzuwehren. Trotzdem vorerst die Versammlung nach einer lebhaften Diskussion infolge der verschiedenen Interessengegenstände noch zu keinem Resultate führte, haben unsere Kollegen alle Ursache, auch in Württemberg alles in der Agitation aufzubieten, um diesen neuen Bestrebungen gewachsen zu sein.

Soziale Rechtspredung.

Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften für Streikschäden. Die Firma Berner & Bardach zu Düsseldorf klagte gegen 1) den deutschen sozialdem. Holzarbeiterverband; 2) den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands; und 3) den Gewerbeverein der Tischler (H. D.) auf Ertrag eines Schadens, der ihr durch einen Streik der Holzarbeiter zugefügt sei. Nach den Angaben der Firma haben die bei ihr beschäftigten und in den drei genannten Gewerkschaften organisierten Holzarbeiter am 30. Juni 1905 unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt. Die Organisationen haben die Streitenden dann mit Geldmitteln unterstützt, für die Fernhaltung des Zuguges von fremden Arbeitskräften gesorgt, die Aufstellung von Streikposten veranlaßt und so die Genehmigung zum Streik gegeben, sowie dessen Durchführung ermöglicht. Der Firma Berner & Bardach ist aus diesem Streik ein Schaden von mindestens 7000 Mark erwachsen, da es ihr wegen der von den Verbänden verhängten Spernung neuer Arbeitskräfte, und die Vereitelung der Fernhaltung der Arbeit an anderen Orten, unmöglich war, die Arbeit zu liefern. Sie klagte gegen die drei Beklagten zunächst die Summe von 2500 Mk. nebst 4% Zinsen

ein. Das Landgericht zu Düsseldorf hat durch Urteil vom 20. Februar 1906 die Klage unter Verurteilung der Klägerin in die Kosten des Rechtsstreites abgewiesen. Jenes Urteil erklärt das Verhalten der Arbeiterschaft bei der Firma Berner und Bardach nicht als Vertragsbruch. Da der Streik als gesetzlich erlaubtes Mittel zur Wahrung berechtigter Interessen gelte, verstoße auch die Haltung der Verbände, welche den Streik unterstützten, nicht gegen die guten Sitten. Das Streikpostenstellen sei ebenfalls erlaubt, und wenn einzelne Streikposten sich Handlungen hätten zu Schulden kommen lassen, welche gegen den § 153 S.-O. verstößen hätten, so resultiere hieraus keine Schadenersatzpflicht der Beklagten. Die Bekanntgabe der Fernhaltung des Zuguges in der Presse sei ebenfalls nichts ungesetzliches oder unsittliches. Da so die tatsächlichen Behauptungen der Klägerin nicht geeignet waren, die Schadenersatzpflicht der Beklagten zu begründen, so ließ das Urteil unerörtert, ob sich auch auf nicht rechtsfähige Vereine die Bestimmung des § 31 des bürgerlichen Gesetzbuches beziehe. Die Klägerin war durch dieses Urteil nicht befriedigt und wandte sich an die höhere Instanz. Nunmehr hat auch diese gesprochen. Durch Urteil des Königl. Oberlandesgerichtes zu Köln vom 21. Februar 1908 ist die Berufung unter Verurteilung der Klägerin in die Kosten verworfen worden. Sobald die schriftliche Ausfertigung des Urteils erfolgt, werden wir über die Gründe, welche dieses Urteil herbeiführten, näher berichten. — Bemerkung sei, daß am königlichen Oberlandesgericht zu Köln noch eine Klage auf Schadenersatz für Streikschaden schwebt. Diese Klage, welche seitens der Firma Hermann Schütt, Akt.-Ges. zu Gersfeld (Westpr.), gegen den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands angestrengt ist, wurde bereits vor circa drei Jahren eingeleitet.

Aus dem gewerblichen Leben.

Zur wirtschaftlichen Lage. Im Budgetauschuss des preussischen Abgeordnetenhauses soll, nach den Berichten der Tagespresse, Finanzminister v. Rheinbaben die wirtschaftliche Lage Deutschlands als „gesund“ bezeichnet haben. Wenn diese Meldung der Blätter zutrifft, so ist der preussische Finanzminister entweder über die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands ungenügend unterrichtet, oder er hat einen Begriff von „Gesundheit“, welcher mit der allgemein üblichen Auffassung nicht vereinigt werden kann. Daß der volkswirtschaftliche Organismus starken Störungen ausgesetzt ist, daß auf dem gesamten Handel und Wandel ein Druck lastet, kann doch nicht bestritten werden. Es ist aber ebenso verkehrt, die wirtschaftliche Lage als gesund darzustellen, wie es falsch ist, die ungünstigen Erscheinungen zu überschätzen und die Lage möglichst schwarz zu malen. Es liegt ja nahe, bei schlechter Lage möglichst viel zu klagen, die eintretenden Schädigungen zu übertreiben; aber darüber darf man doch die Tatsachen nicht übersehen, die den herrschenden Pessimismus keineswegs voll rechtfertigen. Ganz kurzichtig ist es aber vom Interessendruckpunkte der Arbeiter, die Lage des Arbeitsmarktes düsterer zu schildern, als sie tatsächlich ist; denn eine solche Stimmungsmache trägt doch nur dazu bei, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu begünstigen, die Ware „Arbeitskraft“ zu entwerten. Schon im Laufe des Monats Februar hat sich die Beschäftigung gegenüber der im Januar wieder gebessert; die Arbeitslosigkeit ist wesentlich zurückgegangen. Man merkt schon das Herrumachen der Belebung des Frühjahrs, die allerdings hinter der des Vorjahres im allgemeinen stark zurückbleiben wird. Wenn im Frühjahr 1907 die gewerblichen Stätten noch starke Nachfrage nach Arbeitskräften hatten, die durch Zugug vom platten Lande befriedigt wurde, so wird dieses Jahr das am Orte vorhandene Angebot ausreichen, den Bedarf an Arbeitern zu decken. Daher möge frühzeitig darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Arbeitsgelegenheit in Großstädten und Gewerbeorten die Aufnahme stärkeren Zuguges vom Lande nicht verträgt. Dadurch kann die Abwanderung im laufenden Jahre eingeschränkt werden, so daß gleichzeitig der Arbeitermangel in der Landwirtschaft, über den während der landwirtschaftlichen Woche so viel geklagt wurde, Verminderung erföhre. Auch der übliche Zugug von Bauarbeitern nach den großen Städten dürfte dieses Jahr um so leichter eingeschränkt sein, als die Bauaktivität auf dem Lande wieder gut zu werden veripricht. Schon im Jahre 1907 fanden zahlreiche Arbeitskräfte, die sonst in Städten zu arbeiten gemohnt waren, auskömmliche Beschäftigung in kleinen Orten auf dem Lande. Auch in mehreren Großstädten haben sich die Aussichten infolge gebessert, als auf dem Wohnungsmarkt das Angebot an Wohnungen knapp der Nachfrage genügt.

Freilich alle Ansätze einer Besserung sind durch den Streit im Baugewerbe gefährdet. In den letzten Tagen hat sich die Lage weiter verschärft. Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der am 17. und 18. Februar in Hannover seine neunte Hauptversammlung abhielt, hat nämlich beschlossen, daß an dem vom Bunde herausgegebenen Muster für den Abschluß von Tarifverträgen nichts geändert werden dürfe, und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Grundlage dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April die Baugeschäfte geschlossen werden, ausgenommen natürlich in denjenigen Orten, wo Tarifverträge bestehen. Von Tarifverträgen wird zwar in diesem Beschlusse gesprochen, aber um Tarifverträge handelt es sich bei dem Vorgehen des Bundes tatsächlich nicht mehr. Voraussetzung eines Tarifvertrages ist nämlich auch nach der kompetenten Auffassung in Arbeitgeberkreisen, daß beide Parteien des Arbeitsvertrages, Arbeitgeber sowohl als auch Arbeiter, wirklich am Abschluß der Tarifgemeinschaft beteiligt sein müssen. Wenn oder wo die Zustimmung einer Partei erzwungen erfolgt, sind Tarifgemeinschaften bzw. Tarifverträge nicht vorhanden. Das scharfe Vorgehen des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe wird vielfach in den eigenen Reihen nicht gebilligt.

Literarisches.

Die bürgerliche Wohnung. Herausgegeben von Wilhelm Michael, Architekt und Kunstgewerbelehrer. In Lieferungen zu je 12 Tafeln, Großquartformat (41:35 cm). In Mappen zu je 6,50 Mk. Architektur-Verlag Seemann & Cie., Leipzig.

Für jeden Bau- und Möbelschreiner wird es heute, wenn er im Konkurrenzkampfe bestehen will, zur Notwendigkeit, sich durch gute Vorbilder fortzubilden. Sollen die Vorbilder ihm wirklich wertvoll sein, so müssen sie dem praktisch Tätigen Material bieten, das er einerseits praktisch jederzeit gut verwenden kann, das ihm andererseits Anregungen zu Neuschöpfungen gibt. Mit Stilpielereien und Effekthascherei ist dem solid, geschmackvoll und künstlerisch Arbeitenden nicht gedient: das Streben nach formenschöner Klarheit und Einheitlichkeit bei größter Zweckmäßigkeit ist hier unverkennbar. Auf der einen Seite rückt eine solche Tätigkeit das Ansehen des Standes wieder in das rechte Licht, gibt ihm eine größere Bedeutung und größere Rechte, auf der anderen Seite gibt sie ihm größere Verantwortlichkeit und stellt an die Fertigkeiten und Kenntnisse zc. hohe Anforderungen. Hier fördernd und klärend einzugreifen, jedem im Tischler- und Schreinerberufe Tätigen das zu geben, was er dringend und immer braucht, das ist der Zweck des vorliegenden Werkes.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Ein Rückblick und Ausblick im Januar 1908; von Ch. Fülles, Handelsrevisor der „Königlichen Volkszeitung“. Preis 0,10 Mk. Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Köln.

Die Broschüre gibt den Inhalt eines Vortrages wieder, den der Verfasser in einer Konferenz von Angestellten der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu Düsseldorf gehalten hat. Bei dem billigen Preise bietet sie jedem christlichen Gewerkschaftler Gelegenheit zur Information über die zeitige Wirtschaftslage.

Briefkasten.

An Mehrere. Gratulationen finden schon seit Jahren im „Holzarbeiter“ keine Aufnahme mehr.

Auf Sonntag, den 29. März d. J. wird nach Offenburg eine allgemeine

Landes-Konferenz

der christlichen Gewerkschaften Badens einberufen. Die Konferenz wird abgehalten im Hotel „Union“ und beginnt vormittags 10 Uhr.

Tages-Ordnung:

- 1. Entwicklung und Stand der christlichen Gewerkschaften Badens. Referent: Peter Kremmel, Mannheim.
2. Heimarbeit und Hausindustrie in Baden. Referent: Josef Groß, Schwab.-Gmünd.
3. Die Kulturmission der christlichen Arbeiterbewegung in der Gegenwart. Referent: Adam Stegerwald, Köln.
4. Verschiedenes.

Zu dieser Konferenz können die Zahlstellen und Ortstabelle Delegierte entsenden. Kleinere Zahlstellen können gemeinschaftlich einen Delegierten wählen. Die Kosten müssen die Lokalfassen übernehmen. Die Delegierten sollen bis längstens 15. März bei dem Unterzeichneten angemeldet werden. Wünsche und Anträge sind ebenfalls bis dahin an mich einzusenden.

J. A. Hermann Kammerer, Säckingen. Rheinbrückstraße 16.

Detmold. Grösste Tischler-Fachschule. Programm frei. Dir. Reineking. Zum Selbstunterricht empfehle: Die Formenlehre f. Tischler à Mk. 1.55. Die Stillehre f. J. f. Tischler à Mk. 1.55. Zu beziehen von Direktor Reineking, Detmold.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor G. STREICH. Werkmeister, Techniker, Zeichner. Anerkannt vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei durch: Die Direktion, Lössnigerstrasse Nr. 15.

Eingelegte Fourniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs schreiben. Eustach. Büller, Marquettstr. Heideberg, Theaterstrasse 7.

Für Schreiner! Modernes Möbelwerk, ca. 60 Zimmer mit 300 Zeichnungen, 1-10 farbig, wegen Unzug für Mk. 3. — Einzelpreis Mk. 15. H. Kood, Architekt, Düsseldorf Heinestrasse 22.

Die modernen Holzbeizverfahren. Leitfaden für die Praxis, gegen 1,10 Mk. (in Briefmarken) zu beziehen von Gewerbeschuldirektor Köpfe, Sagen i. W. Tüchtiger solider Korbmacher findet dauernde Stellung bei hohem Akford. Material zugeichtet. Dierdorf Bj. Coblenz. Groth & Breitkreuz.

Deutsche Holzarbeiter.

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionschluss
Dienstag Mittag. — Zu beziehen durch alle
Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das
Organ gratis.

Redaktion und Expedition: Köln am Rhein,
Palmstraße 14. — Fernsprecher Nr. 7605. —
Inserate kosten die viergespaltene Zeile
30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen
der Zahlstellen kosten die Hälfte.

Agitation und wieder Agitation.

„Was man von der Minute ausgeschlagen,
bleibt keine Ewigkeit zurück.“

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands will ein lebendiges Glied der christlichen Gewerkschaftsbewegung sein. Und darum ist es Aufgabe, zu sorgen, daß in seinen Kreisen Lebensmut und Schaffensfreudigkeit herrscht, daß sein Lebensnerv, die Agitation nicht unterbunden wird. Die im Jahre 1907 gewonnenen 800 Mitglieder sind aber kaum Beweis dafür, daß in der Agitation genug geschehen ist. Mehr zu tun ist fernerhin Pflicht aller Mitglieder.

Es wird Aufgabe der Ortsverwaltungen sein müssen, in den nächsten Tagen schon, sofern es noch nicht geschehen, die Frage einer planmäßigen Agitation zu erörtern und dann ungesäumt an die Arbeit zu gehen. Man muß sich allenthalben darüber klar sein, daß jeder Berufscollege, der in der allernächsten Zeit nicht für den Verband gewonnen wird, ein Hindernis für die energische Wahrnehmung der Interessen der Kollegen in der jetzigen Lohnbewegung und den kommenden Kämpfen ist. Wird aber die jetzige Zeit agitatorisch ungenutzt gelassen, dann mögen die Kollegen, die heute ihrer Ruhe pflegen, sich selbst dafür verantwortlich machen, wenn die abzuschließenden Tarifverträge nicht nach ihrem Willen ausfallen. Auch die Arbeitgeber wissen, wie es um die Organisation der Arbeiter bestellt ist und richten dementsprechend ihre Maßnahmen ein.

Schon das starke Anwachsen der Arbeitgeber-Verbände zeigt uns, daß eine stärkere Agitation auch in unserem Verbände Platz greifen muß, soll nicht das Hebergewicht auf Seiten der Arbeitgeber ein zu starkes sein und dieses Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unmöglich machen.

Mit der Agitation sind wir im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter anderen christlichen Gewerkschaften gegenüber ins Hintertreffen geraten. Fast gewinnt es den Anschein, als habe die alte Begeisterung, die früher unseren Verbandsmitgliedern fast überall eigen war, merklich nachgelassen und einem „Sich-fahren-lassen“ Platz gemacht. Die Agitation zu betreiben, wird als Privileg den freigestellten Kollegen überlassen und die Mitarbeit am Gedeihen des Verbandes besteht im wesentlichen aus der Zahlung der Beiträge und dem gelegentlichen Besuch der Versammlungen. Der Kollegen, die mit Begeisterung, Mut und Opfer Sinn die Sache des Verbandes zu der ihrigen machen, sind eher weniger wie mehr geworden. Früher war es der Stolz unseres Verbandes, in der Gesamtbewegung in jeder Beziehung mit an der Spitze zu stehen; die Begeisterung, die Opferwilligkeit und der Tatendrang unserer Kollegen wurden überall anerkannt. Heute hat eine andere Einschätzung des Verbandes jenem Anerkennen Platz gemacht, nämlich die, daß bei den Holzarbeitern die meisten „guten Kerle“ zu finden seien. Nicht ohne weiteres ist dieser Vorwurf von der Hand zu weisen. Wo sind heute all jene Kollegen, die in den Anfangszeiten unserer Bewegung und auch später noch im Vordertreffen standen? Wo machen sie ihre Erfahrungen dem Verbandsmitglied? Wo wirken sie anfeuernd und begeisternd auf die jüngere Kollegenschaft ein? Wo stellen sie sich ins Vordertreffen und geben so der Kollegenschaft ein gutes Beispiel? — Kommt etwa eine neunjährige Tätigkeit im Verbands schon die Kraft zu weiterer Arbeit rauben? Reicht der Idealismus unserer Bewegung nicht weiter als zu einer kurzen Latenzzeit?

Solche Fragen sind angebracht bei Beobachtung der Entlassung zu agitatorischer Arbeit und dem immer stärkeren Anwachsen des Flügels der „guten Kerle“. Treu und fest halten letztere zum Verbands, zahlen ihre Beiträge selbst dann noch, wenn sie ein viertel oder auch ein halbes Jahr im Rückstande sind, besuchen hin und wieder oder auch regelmäßig die Versammlungen; nichts aber bringt sie aus ihrer Ruhe, auf die sie ein Anrecht zu haben glauben. Es gibt Zahlstellen im Verbands, wo die Zahl dieser „guten Kerle“ annähernd 100% der Mitglieder überhaupt beträgt. Bei Gründung solcher Zahlstellen herrschte Begeisterung und bald hatte man eine ansehnliche Zahl Kollegen gesammelt. Dann aber bedurfte man der Ruhe. Die stetige Stärkung des Verbandes machte zu viel Arbeit. Nicht aber den Gegnern. Während heute manche Zahlstellen unseres Verbandes noch dieselbe Mitgliederzahl oder eine noch geringere wie bei ihrer

Gründung haben, vermochten gegnerische Organisationen ihre Mitgliederzahl am Orte um das Doppelte je um das Dreifache in derselben Frist zu steigern. Aber die treuesten Mitglieder zu besitzen ist ein Vorrecht unseres Verbandes.

Soll das so bleiben? Wollen die christlich gesinnten und organisierten Holzarbeiter zusehen, wie ihr Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im wirtschaftlichen Leben sich nicht hebt, sondern sogar mancherorts noch im Schwinden begriffen ist? Wollen sie das System der „guten Kerle“ gegenüber einer machtvollen Erstarkung des Verbandes bevorzugen? Solches ist doch kaum anzunehmen.

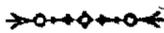
Mit neuer Begeisterung müssen alle Mitglieder des Verbandes an die Arbeit gehen und neue Kämpfer für ihre idealen Bestrebungen zu gewinnen suchen. Nicht nur die jüngeren Kollegen sollen so tätig sein, sondern auch diejenigen, die meinen: „andere können auch mal etwas tun.“ Wenn die jüngeren Kollegen sehen, wie in den älteren das Feuer der Begeisterung noch nicht erloschen ist und wie sie sich tatenstroh an die Spitze stellen, dann muß das Wirken und zu Macheiferung anspornen.

„Wieder und immer wieder“ muß der Ruf zur Agitation erhoben werden, soll nicht auch unsere Bewegung jenen Punkt erreichen, auf dem die Hirsch-Dunker'sche bereits angelangt ist. Frisch pulserendes Leben ist aber nur möglich, wenn alle Glieder des Organisationskörpers in Bewegung bleiben und dem Körper ständig frisches Blut zugeführt wird. Darin liegt das Geheimnis des stetigen Wachstums und Stärkerwerdens.

Nach der beschaulichen Winterruhe heißt es mit Mut und Begeisterung in die Agitation eingetreten. Selbst da, wo in früheren Zeiten keine neuen Streiter zu gewinnen waren, muß von neuem angefangen werden! Nur harte Arbeit führt zum Ziel. Ist jedoch einmal der Mut verloren, dann ist alles verloren. Dieses darf nie und nimmer eintreten. Wo die Kollegenschaft dieses beherzigt, da werden auch noch Erfolge zu erzielen sein. Ein lehrreiches und packendes Beispiel geben hier die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes. Durch eine systematische Hausagitation haben dieselben ihrem Verbands im Monat Januar 1904 und im Monat Februar 687 neue Mitglieder zugeführt. Ist solches nicht auch im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter möglich? Besitzen seine Mitglieder nicht die persönliche Opferwilligkeit, wie sie den Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes eigen ist? Zeigen wir, daß bei den Holzarbeitern noch die alte Begeisterung lebt und zu Taten anfeuert.

Das gewerkschaftliche Barometer steht auf: „Sturm“. „Auf die Schanzen“, muß deshalb die Losung aller Verbandsmitglieder heißen. Jeder Kollege muß sich als ein Agitator fühlen, wenn der Zentralverband christlicher Holzarbeiter eine Macht im wirtschaftlichen Leben sein soll. Erfüllen wir unsere Pflicht und kämpfen wir für die Ideale unserer christlichen Arbeiterbewegung mit einer Begeisterung, die, wenn die schwache Kraft des einzelnen erlahmen sollte, ihn noch sagen läßt:

„Mich reut die Stunde, die nicht harnisch trug;
Mich reut der Tag, der keine Wunde schlug;
Mich reut, ich sag' es mit zerknirschtem Sinn,
Daß ich nicht dreifach kühn gewesen bin!“



Arbeitslosenversicherung.

Von Zeit zu Zeit, besonders gelegentlich einer wirtschaftlichen Krise, so schreibt die „Textilarbeiter-Zeitung“, tauchen Vorschläge und Anregungen auf, eine Krisen- oder auch Arbeitslosenversicherung auf staatlicher Grundlage einzuführen. Ueber Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer solchen Versicherung ist man sich größtenteils einig; nur bei der Frage: Wie und auf welcher Grundlage ist sie durchzuführen, gehen die Meinungen auseinander. Die Beantwortung dieser Frage ist auch nicht so ganz einfach. Man muß immerhin bei der Einrichtung der öffentlich-staatlichen oder kommunalen Arbeitslosenversicherung zu gewissen Zeiten mit großen Massen von Arbeitslosen rechnen. In solchen Fällen wäre es für den Staat jedenfalls, wenigstens in den ersten Jahren des Bestehens einer solchen Versicherung, schwer, allen rechtlich erworbenen Anforderungen zu genügen. Bei der kommunalen Arbeitslosenversicherung, nicht-fürsorge — wir setzen in diesem Falle von der Ausführung von Notstandsarbeiten ab — wird wohl, besonders in Großstädten, dasselbe eintreten können. In beiden Fällen spricht eben die große Masse der in Betracht kommenden Personen mit. Würde auch die Aufbringung der

Mittel füglich vom Staate, der Kommune, den Arbeitgebern und Arbeitern gesehen, wodurch zweifellos ein beträchtliches Risikokapital aufgebracht würde, so tritt doch immer wieder die Frage der Möglichkeit der allgemeinen und den Massen genügenden Durchführbarkeit in den Vordergrund. Vom sozialpolitischen Gesichtspunkte aus müssen wir uns aber sagen: Eine Reihe sehr wichtiger sozialpolitischer Maßnahmen harren noch ihrer Verwirklichung. Hier hat die Gesetzgebung zunächst den Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Erst diese Aufgaben gelöst, dann kann auch zu weiteren Fragen geschritten werden.

Somit können wir zusammenfassen: Seitens des Staates würde die gute Absicht zunächst noch auf zu große Schwierigkeiten stoßen. Die Frage des partiellen Arbeitsnachweises müßte einheitlicher und in weiterem Umfange zunächst geregelt werden. Staat und Kommune sind denn auch auf ein Zusammenwirken angewiesen. Und wäre die Durchführung wirklich möglich, so bleibt die Frage offen, ob die Maßnahmen auch allen Anforderungen genügen.

Bei der kommunalen Arbeitslosenversicherung wird unstrittig mit dieser die Forderung der Leistung von Notstandsarbeiten, Abschließung von ledigen Arbeitskräften u. Hand in Hand gehen. Dies kann zu Härten und Mißgriffen führen, und wird schwerlich die Sympathie der Arbeiterschaft finden.

Demgegenüber ist vorderhand die Frage angesichts der wirtschaftlichen Zustände nur möglich zu lösen in engeren, durch ihre gemeinsamen wirtschaftlichen und beruflichen Interessen zusammengehörigen Körperschaften: durch die Berufsverbände. Sie sind berufen, Staat und Kommune gegenüber bahnbrechend vorzugehen.

Ist die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Kulturbewegung, die ihren Mitgliedern Anteil an der geistigen und materiellen Kultur verschaffen will, so muß das letztere ganz besonders dann der Fall sein, wenn das Schwergewicht der unverschuldeten Arbeitslosigkeit auftaucht; dann ist eine materielle Unterstützung doppelt notwendig und zweckdienlich. Für die Gewerkschaften ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wie aus dem oben Gesagten zur Genüge hervorgeht, bedeutend leichter wie für andere öffentliche Faktoren. Es ist nun die Frage zu lösen: Wer ist arbeitslos? In Betracht kann selbstredend nur unverschuldeten Arbeitslosigkeit gezogen werden. Zunächst die, welche unverschuldet ihre Arbeit verlieren. Auch könnten die Fälle in Betracht kommen, wo die Branchengehörigen infolge von Streiks zur Abwehr von Verschlechterungen im Arbeitsvertrage, ausgeperrt werden. Hierfür zahlen die Gewerkschaften jedoch Streikunterstützung. Endlich kann Krankheit in Frage kommen. Die Frage, was mit den Kollegen, die durch Alter oder Gebrechen schwerlich eine andere Arbeitsstelle finden können, geschehen soll, ist wohl auch zu lösen. Jedoch bedarf es zunächst mal eines Anfanges zur Durchführung dieser Arbeitslosenunterstützung in unserm Verbands.

Die Durchführbarkeit wäre nun nicht so schwer, wäre die finanzielle Grundlage hierfür nicht in erster Linie ausschlaggebend. Von dem heutigen status quo müßte unbedingt abgewichen werden, d. h. soll etwas derartiges seitens des Verbandes eingeführt werden, so muß auch seitens der Mitglieder finanziell „nach aufwärts“ gestrebt werden. Auch ist zu berücksichtigen, daß unser Verband infolge der übrigen Unterstützungsanstaltungen nur die Zeit der unverschuldeten Arbeitslosigkeit zu vergüten braucht. Haben wir nun eine Krankenunterstützung, die doch gleichsam eine Unterstützung für Arbeitslosigkeit durch Krankheit bildet, so liegt die Frage sehr nahe, ob es nicht besser wäre, die Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit der Krankenunterstützung als Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Selbstredend wäre diese Maßnahme ebensogut und würde dabei den notwendigen Verwaltungapparat bedeutend vereinfachen.

Bei Diskussion der ganzen Frage könnte man einwenden, daß wir uns immer mehr auf das Gebiet des Unterstützungswesens verlieren, dabei leicht die rein gewerkschaftlichen Fragen und auch den gewerkschaftlichen Idealismus aus dem Auge verlieren. Das eine braucht das andere nicht zu verdrängen, und die Erfahrungen in andern Organisationen beweisen zur Genüge, daß man beides zusammen verbinden kann zum Nutzen der Arbeiterschaft.

Bei diesen Darlegungen und wohlgemeintem Vorschläge drängt sich nun die Frage auf, ob die Mitwirkung von Staat oder Gemeinde bei der guten Absicht der Gewerkschaften nicht möglich sei durch Gewährung eines Zuschusses für diese vorteilhafte Unterstützungsanstaltung, Irrren wir nicht, so ist dies in Belgien auch schon geschehen. Jedenfalls aber müssen die Gewerkschaften, solange von staatswegen nichts geschieht, in diesen Fragen die Initiative ergreifen.



Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.

Alljährlich erstattet der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Bericht über seine Tätigkeit. Dem Berichte für das Jahr 1907, veröffentlicht in Nr. 4 1908 des „Zentralblattes“, ist zu entnehmen, daß die Arbeit des Ausschusses eine vielgestaltige war. Namentlich aber erforderten die gewachsenen inneren Aufgaben der christlichen Gewerkschaften die Beachtung des Ausschusses. Infolge der starken Anforderungen, die an die einzelnen Verbände gestellt wurden, sahen sich die meisten derselben veranlaßt, die Beiträge zu erhöhen. Dazu machte das Anwachsen der Bewegung die Anstellung weiterer freigestellter Kräfte notwendig. Der Ausschuss war infolge dessen gezwungen, Berichtsjahre einer zweckentsprechenden Kaffeengebarung der Verbände, sowie der Fortbildung der Beamten sein Augenmerk zuzuwenden. Durch Anberaumung von Konferenzen und Kurien suchte man diesen Bedürfnissen entsprechend zu wirken.

Die äußeren Aufgaben des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften suchte der Ausschuss ebenfalls nach besten Kräften zu erledigen. Trozdem die Zahl der Lohnkämpfe im Jahre 1907 nicht mit denen der Vorjahre gleichen Schritt hielt, war das Berichtsjahr für die christlichen Gewerkschaften ein bewegtes.

Der Bericht des Ausschusses erinnert zunächst an die Reichstagswahlen, welche eine hochgradige Erregung mit sich brachten. Eine solche Periode, in der die politischen und konfessionellen Leidenschaften von den Parteien ausschärfte aufgeschloßelt werden, bringt einer interkonfessionell und interparteilich sein wollenden Bewegung, wie es die christliche Gewerkschaftsbewegung ist, manche Gefahren. Vor allem die Gefahr der Verquickung der gewerkschaftlichen mit politischen Aufgaben des Arbeiterstandes. Der Ausschuss konnte naturgemäß bei Beginn der Wahlbewegung nichts anderes tun, als in einem Aufrufe darauf hinzuweisen, „daß sich weder die Gewerkschaftspresse in den Dienst bestimmter Parteien stellen, noch in Versammlungen parteipolitische Propaganda geübt werden dürfe.“ Dieser Aufforderung ist man dann auch allenthalben gefolgt. Nur ließen sich in verschiedenen Parteien Gewerkschaftsbeamte politisch stärker engagieren, als dies im Interesse der christlichen Gewerkschaftsbewegung hätte geschehen dürfen. „Dort wurden“, so besagt der Bericht, „im Wahlkampfe und nachträglich noch in der Tagespresse christliche Gewerkschaften und politische Parteien zusammengebracht, und es bedurfte nicht geringer Arbeit zur Wiederherstellung eines einträchtigen Zusammenwirkens in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, das namentlich allerdings erheischenderweise wieder auf der ganzen Linie festgestellt werden kann. Bei zukünftigen Wahlkämpfen empfiehlt es sich, daß die christlichen Gewerkschaftsbeamten, die selbstverständlich nicht zu Wahlkämpfen zweiter Klasse degradiert werden dürfen, sich im Interesse unserer Bewegung etwas mehr Zurückhaltung aneignen. Insbesondere sollen sie möglichst nicht in von mehreren bürgerlichen Parteien ersticht ausgewählten Bezirken als Wahlkandidaten fungieren. Dafür sind zweifellos auch noch Leute zu finden, deren Kandidatur weniger bedenkliche Unannehmlichkeiten zeitigen kann, als die eines christlichen Gewerkschaftsbeamten für die von ihm vertretene Bewegung, der er in erster Linie zu dienen hat.“

Die vom Freiherrn von Berlepsch angeführten besseren Beziehungen zwischen christlichen und Hirsch-Dauer'schen Gewerkschaften, namentlich eine Milderung der Kampfesformen, konnten nicht verwirklicht werden. Auch in absehbarer Zeit dürfte hier keine Änderung eintreten, da die „Renaissance des Liberalismus“ den Hirsch-Dauer'schen Gewerkschaften vorschwebt, als die nützlichste, im besten Sinne konservative und konsequente praktische Arbeit, wie sie von den christlichen Gewerkschaften geleistet wird.

Guten Erfolg erzielte auch die Gesamtbewegung durch den Kampf gegen das Monopol des sozialdemokratischen Buchbinder-Verbandes. Das hier Erzielte ist von der größten Bedeutung für den ferneren Abschluß von Tarifverträgen. Der § 4 des Organisationsgesetzes im Buchbindergewerbe mußte fallen, weil mehrere hunderttausend christliche Arbeiter die Sache der durch den sozialdemokratischen Verband vorgeschlagenen kleineren Buchbinderorganisationen zu der ihrigen machten.

Eine Session ging dem Reichstage zum Entwurfe über ein Reichsvereinsgesetz zu. Derselbe enthält in wesentlichen einen Hinweis auf die Unmöglichkeit des § 7, der von dem Schraube fern der Sprachen in den Verhandlungen handelt, sowie die zu weit gehenden Strafklassifikationen und Anpreisungen.

Schwierig ist die Behandlung der Landarbeiterfrage. Viel zu viele hier zusammen, um eine größere Aktion zu verhindern, zumal die Art der Landarbeiterorganisation auch noch Anlaß zu mancherlei Erwägungen gibt. Der Verband der Hilfs- und Transportarbeiter hat bereits mit gutem Erfolge die Degradation der Landarbeiter begangen und Tarifverträge mit einzelnen Selbstregern abgeschlossen. In Norddeutschland liegt die Sache schwieriger, da die Landarbeiter hier kein einheitliches Koalitionsrecht besitzen. Zudem wird noch im Westen Deutschlands ein gewissermaßen getrennter Kreis heraus eine partei Propaganda gegen die Verschlingung des Koalitionsrechtes an die Landarbeiter gemacht.

Die Diensthofenfrage war Gegenstand im Gesamtverbande Gegenstand eingehender Erwägungen. Man glaubte hier wegen der Eigenart der Diensthofen von einer Organisation im gewerkschaftlichen Sinne absehen zu können. Gegenüber die Bildung von modernen landwirtschaftlichen Diensthofenvereinen befürwortet und hat sich die Leitung des Gesamtverbandes auch auf diese Art Verrichtungen gewandt. Die Organisationsform der Diensthofenvereine ist als ein Bericht gedacht. Die Zeit muß lehren, ob dieselbe sich bewährt.

Die Agitation ist naturgemäß zunächst Aufgabe der einzelnen Gewerkschaften. Die jedoch in der...

Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation im Sinne unserer Bewegung vorhanden sind und sich gute Aussichten für die Zukunft bieten, oder auch, wo eigenartige Verhältnisse dieses erheischen, greift der Gesamtverband ein. Durch ihn werden z. B. 4 Bezirkssekretariate, die vorzugsweise der Agitation dienen sollen, unterhalten. Neugegründet wurden im Jahre 1907 das Mitteldeutsche Sekretariat mit dem Sitz in Erfurt, sowie das Norddeutsche mit dem Sitz in Hamburg. Das Berliner Sekretariat wurde aufgelöst, da fast alle größeren Verbände in Berlin eigene Sekretariate unterhalten. Das Schlesiens Sekretariat entwickelte auch im Berichtsjahre eine rührige Tätigkeit. Im Jahre 1904 zählten die christlichen Gewerkschaften in Schlesien nur 1500 Mitglieder in 31 Zahlstellen; 1907 hingegen 7500 Mitglieder in 136 Zahlstellen. Da infolge der günstigen Entwicklung bereits sechs Verbände eigene Beamte angestellt haben, ist die Auflösung des Sekretariats des Gesamtverbandes nur eine Frage der Zeit. — Das Bayrische Sekretariat (Sitz München) meldet ebenfalls von guten Erfolgen. Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften beträgt heute in Bayern (ohne die Rheinpfalz) 46 000. — Auf dem Generalsekretariate wurde eine weitere Kraft angestellt.

Organe des Gesamtverbandes sind: das „Zentralblatt“ (Auflage 9200), „Przyjacieli Robotnikow“ in polnischer Sprache (Auflage 4500) und „L'Italiano in Germania“ in italienischer Sprache (Auflage 2500). Das „Zentralblatt“ soll eine weitere Ausgestaltung durch Gewinnung weiterer Mitarbeiter die Fragen der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft behandeln, erhalten. Beim polnischen Organ wird an ein größeres Format gedacht. Nicht besonders günstig steht es mit der Organisation der italienischen Arbeiter, da die Ausweitung der italienischen Sekretariats des Gesamtverbandes noch immer ungünstig nachwirkt. — Bemerkenswert in diesem Zusammenhange, daß außer den beiden genannten fremdsprachlichen Organen noch drei andere bestehen, die aber von einem oder mehreren Verbänden gemeinsam unterhalten werden. Die Bergarbeiter geben eigens ein polnisches, die Textilarbeiter ein französisches und Bauhandwerker und Textilarbeiter gemeinsam ein holländisches Organ heraus.

Das Zentralbüro für Arbeitervertretung vor dem Reichsversicherungsamte, welches vom Gesamtverbande unterhalten wird, hatte im Berichtsjahre 726 Sachen zu vertreten. Ein direkter Erfolg wurde in 265 Sachen erzielt, während in 91 weiteren auf nähere Beweisführung erkannt wurde. Es ist geplant, dem Büro eine weitere Kraft beizugeben, die in der Hauptsache der Gesamtbewegung das Material über die Mängel der Arbeiterversicherung nutzbar machen soll.

Die Einnahmen des Gesamtverbandes betragen im Berichtsjahre 104 863,71 M.; die Ausgaben 88 589,59 M. Es verbleibt mithin ein Bestand von 21 274,12 M. Unter den Einnahmen figurieren: Beiträge zum Gesamtverband 49 896,41 M.; zum Arbeiterkongress 1418,50 M.; Buchhandel 19 977,54 M. Die Sammlungen für die ausgesperrten Maler und Schneider ergeben 19 601,09 M. Von den Ausgaben sind zu erwähnen: „Zentralblatt“ 11 633,97 M., Polnisches Blatt 6946,40 M., Italienisches Blatt 4853,09 M., Generalsekretariat 6230,46 M., Agitation (Kosten der Sekretariate) 19 540,79 M. Die Buchhandlung erforderte Ausgaben in Höhe von 23 162,13 M. Bemerkenswert muß hierzu werden, daß ausstehende Forderungen im Betrage von 2539,72 M. vorhanden sind und der Bücherbestand auf einen Wert von über 10 000 M. angewachsen ist.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 10. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. März 1908 fällig ist.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Arbeitsbeginn ein Bericht über den Stand der Bewegung einzufenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Spätag fort.

Spätag ist ferretagehalten

Holzarbeitern aller Branchen nach Lippzpringe (Ruhe & Jahand), Dilllage (Nö.)
Büchsenmacher nach Ramberg (Hfz).
Schreiner Hönnes (Spezial) Firma Leitz.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die sich daraus ergebende Unfähigkeit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, macht es allen Kollegen, welche die Arbeitsstelle wechseln, zur Pflicht, bei der in Betracht kommenden Ortsverwaltung des Verbandes Rücksicht zu nehmen.

Die Tarifverhandlungen für das Rheinisch-Westfälische Berggewerbe sind plötzlich abgebrochen und bis zum 23. März verlagert werden.

Zum Streit der Bürstenmacher in Ramberg brachte der „Deutsche Holzarbeiter“ in seiner Nr. 21 vom 24. Mai n. J. eine Notiz, wonach der Berufsherr Kolosjinski für die bekümmerte Firma Müller und Stütz Arbeitswillige suchte. Kolosjinski wurde als „Streikverbrecher“ bezeichnet, der unter der Aufsicht der Behörden zu wandern 40, 50 und 60 M. pro Woche verbrachte, Arbeiter zu gewinnen suchte. Durch diese Notiz sah sich Kolosjinski beleidigt und klagte gegen den verantwortlichen Redakteur des „Deutschen Holzarbeiter“, Kollegen Janßen, Klage an das Schöffengericht zu Köln.

erkannte auf 50 M. Geldstrafe. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen. Nachstehend der verfügende Teil des Urteils:

In der Privatklage des Berufsherrn Carl Kolosjinski in Landstuhl, Privatklägers, gegen den Redakteur Carl Janßen in Köln, Angeklagten, wegen Verleumdung hat das Schöffengericht in Köln am 8. Oktober 1907 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verleumdung zu einer Geldstrafe von 50 Mark — im Übermaßensfalle zu zehn Tagen Gefängnis — und in die Kosten verurteilt.

Der Privatkläger darf den verfügenden Teil des Urteils binnen vier Wochen nach Zustellung durch die Zeitung „Der deutsche Holzarbeiter“ auf Kosten des Angeklagten bekannt machen und zwar wenn möglich in demselben Teile und mit derselben Schrift wie der Abdruck „Zum Streik der Bürstenmacher in Ramberg“ geschehen.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Köln, den 20. Februar 1908.

Gaas, Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Alle Exemplare des „Deutschen Holzarbeiter“ vom 24. Mai 1907, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen.

Zusatz genehmigt: Gaas, Gerichtsschreiber.

Durch dieses Urteil wird selbstverständlich die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß Kolosjinski Arbeitswillige für die genannte Firma gewonnen hat. In der Klageschrift rühmte er sich gar, „mit gutem Erfolge“ tätig gewesen zu sein. Dazu muß festgestellt werden, daß unter dem Namen Kolosjinski's, die Alfordlöhne für Pechen bei der bestreikten Firma in deren Filiale zu Landstuhl um ein beträchtliches niedriger waren, als im Wiesental und in Ramberg vor dem Streit. Wie schon früher mitgeteilt, hatte Kolosjinski einigen Kollegen in Lodtau dieselben Löhne versprochen, wie sie im Wiesental gezahlt würden. Die Kollegen verzichteten jedoch auf die Ehre unter der Leitung Kolosjinski's, ihren streikenden Arbeitsbrüdern Erfolge zu vereiteln.

Berichte aus den Zahlstellen.

Boholt. Nach beendeter Vorstandswahl, welche in der Generalversammlung unserer Zahlstelle vom 28. Januar stattfand, richtete der Vorsitzende, Kollege Ebbing, an die neuen Vorstandsmitglieder sowie an alle Kollegen die Bitte zur tatkräftigen Mitarbeit in der Agitation. Eine kräftige Agitation ist am Orte notwendig, da wir innerhalb einiger Monate wieder vor dem Ablauf des im vorigen Frühjahr nach einem dreiwöchentlichen Kampfe abgeschlossenen Tarifvertrages stehen. Kollegen halten wir treu zur Fahne unseres Verbandes, und sorgen wir alle, daß auch der letzte Mann zu den Unserigen gezählt werden kann, dann wird auch im kommenden Frühjahr der Erfolg nicht ausbleiben. — Am 22. Februar fand hier auch eine Betriebsversammlung der auf dem Sägewerke von Gebr. Fehlings beschäftigten Arbeiter statt. Zu dieser Versammlung war auch Kollege Kamman's Duisburg-Beel erschienen. Leider halten es nur wenige Arbeiter aus dem Betriebe für notwendig gehalten, zu erscheinen, trotzdem die Verhältnisse auf dem Werke längst nicht zu den rosigen zu rechnen sind. Aber es ist auch hier wie überall dort, wo die Organisation die Arbeiterschaft noch nicht aufgeklärt hat über die Zusammengehörigkeit, das Pflichtgefühl und die Rechte des Arbeiterstandes, die traurige Tatsache zu verzeichnen, daß Mißgunst und Liebedienerei unter der Arbeiterschaft die größte Rolle spielen und es verhindern, für die gesamte Arbeiterschaft bessere Verhältnisse zu schaffen. Zum Glück sahen die erschienenen Kollegen, nachdem Kollege Kamman's auf die Notwendigkeit und Aufgaben der Organisation des näheren einging, auch ein, daß eine Besserung ohne dieselbe nicht möglich sei, und traten sänlich dem Verbande bei. Hoffentlich gelingt es auch, die bis jetzt noch zurückstehenden Kollegen zu dieser Ueberzeugung zu bringen, damit die dort bestehenden Mißstände, deren nähere Besprechung wir uns für später vorbehalten, beseitigt werden können. Bedenken wir stets, daß des Mitarbeiters Freude und Leid auch das unserer sein sollte, und was dem einzelnen nicht möglich ist, vereint läßt es sich erreichen.

Frankfurt a. M. Auf Anregung mehrerer Kollegen veranstaltete unsere Zahlstelle am 19. Januar einen Familienabend, der unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen und ihrer Angehörigen einen äußerst gelungenen Verlauf nahm. Mit dem Bestreben, unser Kollegialitätsgefühl und den Zusammenhalt der Mitglieder unserer Zahlstelle zu heben und zu pflegen, sollte diese Veranstaltung zugleich eine Propaganda für unsere bevorstehende Generalversammlung sein. Diese fand Ende Januar statt und war die Beteiligung der Kollegen eine gute. Dem Geschäftsbericht, erstattet vom 1. Vorsitzenden, Kollegen Mehl, entnehmen wir, daß die Zahlstelle im ersten und zweiten Quartal langsam angewachsen ist. Eine allgemeine Hausagitation, die im dritten Quartal vorgenommen wurde, zeitigte weniger gute Erfolge. Als aber zu gleicher Zeit die Gründung einer Wagnerkellion vorgenommen wurde, die dank der eifrigen und unermüdeten Agitation der Kollegen vom Wagnerberufe sehr erfreuliche Erfolge erzielte, entwickelte sich die Zahlstelle in befriedigender Weise. Jedoch ist im vierten Quartal ein regelrechter Stillstand eingetreten, der auf die allgemeine flauere Geschäftslage, die auch hier in Frankfurt stark zu Tage getreten, zurückzuführen ist. In geistiger Beziehung war im Berichtsjahre den Mitgliedern von Seiten der Ortsverwaltung in reichem Maße Gelegenheit geboten, sich gewerkschaftlich zu schulen. Neben 23 Mitgliederversammlungen, darunter 20 mit Vorträgen, fanden noch 2 außerordentliche Mitglieder- und 1 öffentliche Versammlung statt; ferner 14 Vorstandssitzungen. Leider waren die Versammlungen im allgemeinen nicht in dem Maße besucht, wie es eigentlich die Pflicht der Kollegen war. Auch wurde den Kollegen weitere Gelegenheit zur Ausbildung geboten durch den vom christlichen Gewerkschaftsamt veranstalteten Unterrichtskursus, dessen Besuch von Seiten unserer Kollegen auch manches zu wünschen übrig ließ. Der Bericht des Leiters, unseres unermüdeten Kollegen A. Freyberger, zeigt, daß trotz der bedeutend ausgefallenen Solahinterstützungen unserer Solakasse einen befriedigenden Stand aufzuweisen hat. Das Resultat zur Wahl der Ortsverwaltung ergab, daß sämtliche Mitglieder des bisherigen Vorstandes, ausgenommen des ausgeschiedenen ersten Schriftführers, wiedergewählt wurden. — Die Kellion der Wagner hielt ihre Generalversammlung am 12. Februar ab, welche ziemlich gut besucht war. Aus dem Rück-

den Kollege wieder auf das vergangene Jahr warf, er sah man, daß die Mitgliederzahl der Sektion, die im September v. J. gegründet wurde, durch eifrige Agitation der Kollegen sich fast verdoppelt. Leider ist dieselbe durch die schlechte Geschäftskonjunktur, die Ende dieses Jahres einsetzte und infolgedessen manche Kollegen abreisen mußten, wieder etwas zurückgegangen. Versammlungen wurden alle vierzehn Tage abgehalten. In den Vorstand wurden die Kollegen Bieder und Pippus wieder und Kollege Fladung neugewählt. Auch wurde eine Agitationskommission gewählt. Aufgabe aller unserer Kollegen ist es nun, bei der jetzt wieder beginnenden Konjunktur mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß der letzte noch fernstehende Wagner der Sektion angehört. Auch möchten sich die Kollegen nicht von der jetzt beginnenden Wanderlust hinreißen lassen, sondern hier etwas mehr ansässig bleiben, damit wir einen festen Mitgliederstamm hier haben, um am nächsten Jahreschluss mindestens in doppelter Stärke dastehen. Nur so ist es uns möglich hier unsere Verhältnisse zu bessern.

Guttstadt i. Ostpr. Nachdem seit einiger Zeit hier die christlichen Bauhandwerker eine Zahlstelle geschaffen und die Arbeitgeber gleich mit Maßregelungen antworteten, wurden auch die Holzarbeiter sich bewußt, daß sie sich ebenfalls organisieren müssen, wenn das Vorgehen der Arbeitgeber zu nichts gemacht werden soll. Zudem sehen auch die Kollegen ein, daß, wenn sie sich nicht selbst helfen, ihre Lage niemals verbessert wird. Gibt es doch hier Verhältnisse, die als arg rückständig gelten können: eine Arbeitszeit von 12 Stunden und Tagelöhne von 1,50 M. und 1,70 M. Zudem besteht auf den Sägemähton die Tag- und Nachtarbeit. Am Sonntag den 23. Februar fand nun eine öffentliche Versammlung sämtlicher christlicher Arbeiter statt. Zu derselben waren die Bezirkssekretäre Schönckes-Königsberg und Schopohl-Bromberg erschienen. Ebenso der Kollege Marschalek aus Allenstein. Kopf an Kopf standen in dem leider zu kleinen Saale die Arbeiter von Guttstadt und lauschten den Worten der Referenten. Handelte es sich doch darum, das rücksichtslose Vorgehen der Arbeitgeber gegen die Arbeiter zu würdigen. Glauben hier doch die Arbeitgeber, sie könnten mit dem Arbeiter noch weiter so umspringen wie bisher. Das heiligste Recht, das Koalitionsrecht, das Recht des Zusammenschlusses will man hier dem Arbeiter rauben. Leider hatten sich schon drei Arbeiter einschüchtern lassen und einen Schein, der vom Arbeitgeber geschrieben, unterzeichnet, daß sie aus der Organisation wieder austreten. Kollege Schönckes forderte die Bauhandwerker auf, fester denn je zur Organisation zu stehen. Nichts sei im Stande, die Organisation zu zerstören, wenn die Arbeiter fest ständen. Ebenso wie in anderen Städten die Organisationen die Lage der Kollegen verbessert, so müsse es auch hier geschehen. Kollege Schopohl wies sodann ebenfalls auf den Nutzen der Organisation der Holzarbeiter hin. Wenn die Zustände, wie sie in den hiesigen Werken bestehen, geändert werden sollen, dann müsse das nur durch die christliche Gewerkschaft. Kollege Marschalek wies dann an einigen Allensteiner Beispielen nach, welchen Vorteil die Allensteiner Kollegen durch den Verband gehabt. Reicher Beifall bewies den Rednern, daß ihre Worte auf guten Boden gefallen. Nach der Versammlung ließen sich 40 Kollegen in den Zentralverband christlicher Holzarbeiter aufnehmen. Ebenso traten eine Anzahl dem Bauhandwerkerverband bei. Kollegen von Guttstadt! Jetzt heißt es festhalten am Verband; nichts darf Euch wieder abtrünnig machen, sondern treu und fest wie die alten Ostpreußen in ihren Kämpfen standen, müssen wir aushalten als ganze Männer.

Stuhlmacher.

Neustadt (Westpreußen). Nachdem jetzt sich in Gossentin die Verhältnisse dahin geändert haben, daß fast wieder 500 Arbeiter beschäftigt sind, dürfte es an der Zeit sein, einmal ein ernstes Wort mit den Kollegen, die nun einmal durch Schaden klug geworden sind, zu sprechen. Da wird wohl zunächst die Frage am Platz sein: Was habt Ihr, die Ihr im vorigen Sommer aus wichtigen Gründen den Verband den Rücken kehrt, denn nun bis heute gespart? Ihr habt ja die Beiträge nicht zu zahlen gebraucht. Um wie viel ist denn nun wirklich das Vermögen eines jeden durch das Nichtzahlen des Verbandsbeitrages vermehrt oder gemindert? Ist einer da, der sagen könnte: Ja, ich habe diese Größen wirklich bei Seite gelegt? Nun Kollegen, wenn es schwer fällt die Beiträge pünktlich zu zahlen, so hält es doppelt schwer, die Beiträge, die man nicht zu zahlen braucht, auf die hohe Kante zu legen. Die rauhe Wirklichkeit hat denn ja auch zur Genüge anlässlich des Brandes der Stuhlfabrik bewiesen, daß diejenigen Kollegen klüger waren, die treu zur Kasse hielten in Zeiten stürmischen Geschäftsganges. Diese Kollegen hat der Schicksalsschlag nicht unvorbereitet getroffen. Sie hatten eine Rückendeckung am Verbandskassen sich zu verschaffen gewußt, die ihnen über diesen Schlag mit Leichtigkeit hinweghalf. Nun Kollegen, nach dem bisher dargelegten sei die Frage erlaubt: Wer von Euch kann sagen, ob nicht schon nach einem Jahre oder vielleicht früher oder auch später etwas Ähnliches sich ereignet? Auch jetzt hat niemand von den Kollegen daran gedacht, daß sich etwas Derartiges ereignen könnte. Und doch, der Mensch denkt und Gott lenkt. Wohl dem, der vorbereitet derartigen Vorkommnissen getrosten Nutes ins Auge sehen kann. Er kann sich mit ruhigem Gewissen, wenn die Stürme im wirtschaftlichen Leben von rechts und links kommen, sagen, ich habe meine Pflicht getan, und Pflichten ziehen ja auch Rechte nach sich. Mag der eine oder andere Kollege nicht immer seine Pflichten so erfüllt haben wie es sein sollte, Fehler werden immer vorkommen, so lange es fehlbare Menschen geben wird. Das darf uns aber nicht abschrecken, den einmal betretenen Weg der Selbsthilfe im Vertrauen auf den Sieg der gerechten Sache, ruhig das klare Ziel vor Augen, mutig weiter zu schreiten. Wer mühsam auf diesem Wege die Flinte ins Korn wirft, er gibt zu erkennen, daß er zu feige ist, an den Idealen der christlichen Arbeiterbewegung und deren Verwirklichung mitzuarbeiten. Er verdient den Namen „Arbeiter“ nicht. Ein Blick in die Geschichte beweist das Genüge, daß immer und überall diejenigen Völker und Nationen am geschäftlichsten da standen, die auch nach schweren Niederlagen immer und immer wieder das Banner der Selbsthilfe entfalteten. Die Selbsthilfe, das wird heute kein vernünftiger denkender Mensch bestreiten, sie ist immer noch das wirklich einzige Mittel gewesen, das den zu Boden getretenen Stand oder die Nation aus dem Elend erhaben hat. Gewiß hat die Selbsthilfe immer Opfer gefordert und fordert sie heute noch. Aber ohne Opfer finanzieller wie persönlicher Art auch keine Erfolge.

Nehmen wir doch das Beispiel: Wenn der Kollege nach einjähriger Mitgliedschaft in eine schlechte Lage geriet, so erfüllt der Verband seine Pflicht, er greift dem schwer mit Schicksalsschlägen Ringenden hilfsreich unter die Arme. Was ist aber damit erreicht, nichts weiter, als der einzelne Kollege kommt leichter über derartige Fälle hinweg. Wenn wir aber vor den Arbeitgeber treten und von ihm Besserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse fordern und erreichen, dann haben wir der Gesamtheit der Arbeiter einen Dienst erwiesen, gegen den die besten Unter-

stützungsrichtungen nicht aufkommen können. Und dieses letztere ist ja doch das eigentliche Ziel unseres Verbandes. Nicht Linderung von Not ist das einzige Ziel dem einzelnen gegenüber, sondern der Gesamtheit der Arbeiterschaft will der Verband dienen, um die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im ganzen zu heben. Das sollten auch endlich die Kollegen in Gossentin begreifen lernen, zumal jetzt doch auch in Gossentin die Arbeitsverhältnisse gegen früher nicht besser geworden sind.

Nachdem der Winter so ziemlich vorüber ist, wäre es auch an der Zeit, daß die Kollegen in Gossentin sich den Winterschlaf aus den Augen reißen und menschenwürdige Verhältnisse schaffen. Freilich mit dem Räsonieren und Schimpfen wird nichts erreicht.

Sollte es den Kollegen jedoch gleich sein, unter welchen Verhältnissen sie ihr Dasein fristen, dann trifft eben auch auf sie das Sprichwort zu: „Wenn Du Dich selber machst zum Knecht, bedauert Dich niemand, geht's Dir schlecht.“ Nicht das Schimpfen und Räsonieren auf den Verband hilft hier Wandel schaffen, sondern nur praktisch mitarbeiten. Der beste Verband und der beste Vorstand, er kann nichts machen und ist zur Untätigkeit verdammt, wenn die Gesamtheit der Kollegen, nicht jeder treu und gewissenhaft seine Pflicht erfüllt. Überall dort, wo die Kollegen sich ihrer Pflicht bewußt, in den Dienst der guten Sache stellen, und nicht die Arbeiter allein dem Vorstand überlassen, hat der Verband auch merkliche Verbesserungen zu erzielen verstanden. Und die Entwicklung der drei größten Verbände im Jahre 1907 hat gezeigt, daß der Verband den richtigen Weg wandelt. Denn trotzdem der Hirsch-Dunder'sche Gewerbeverein 794 Mitglieder verlor, der sozialdem. Holzarbeiter-Verband sogar 2884 Mitglieder einbüßte, hat der Zentralverband christlicher Holzarbeiter im Jahre 1907, trotz der niedergehenden Konjunktur, trotz der Mitgliederverluste der beiden Konkurrenz-Organisationen, seinen Mitgliederbestand nicht nur behauptet, sondern noch 800 Mitglieder gewonnen. Diese Vorgänge allein müssen auch den Kollegen in Gossentin zeigen, daß nicht der Zentralverband christlicher Holzarbeiter, sondern sie selbst Schuld an ihrer traurigen Lage sind.

Nun wohlan, den Kollegen der Gossentiner Stuhlfabrik, nützet die Zeit, stärkt und schließt die Reihen der Organisation durch unermüdlige Agitation und Gewinnung neuer Mitglieder. Dann wird in absehbarer Zeit wieder die Zahlstelle Neustadt i. W. die stärkste des Ostens sein, dann werden wir auch Erfolge für die Gesamtheit der Kollegen in Gossentin erringen können. Daher Kollegen, noch einmal sei Euch zugewandt, schließt Euch zusammen im Zentralverband christlicher Holzarbeiter, sorgt unermüdllich für seine Stärkung und Ausbreitung. Laßt Euch nicht zum zweiten Male überrumpeln, denn niemand unter uns weiß, was die Zukunft in ihrem Schoße birgt. Soviel wissen wir aber gewiß, daß es keine Schlummerferien sind, die sie uns nicht erbliden lassen will. Nur durch rastlose Arbeit für uns selbst sind wir im Stande uns emporzuheben. Darum vorwärts, durch Kampf zum Sieg. Die nächste große öffentliche Versammlung findet am 13. März, 1 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Schwierz statt. Alle Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Sterbefall.

Wilhelm Kasseböhmer, Schreiner, gestorben zu Sterkrade. Ruhe in Frieden.

Gewerkschaftliches.

Konfession und Gewerkschaft. Das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften schreibt in seiner Nr. 4 vom 24. Febr. 1908: Wir erhalten den „Evangelischen Gemeindevoten“ (Herausgeber P. Pröbsting, Lüdenscheid) und die „Monatlichen Mitteilungen“ des Evangelischen Bundes, herausgegeben vom Rheinischen Hauptverein (Ausgabe 69 000), zugesandt, und finden in beiden Blättern einen Aufsatz, in dem es u. a. heißt:

„An den christlichen Gewerkschaften sind — sehr hoch gerechnet — die evangelischen Arbeiter mit 25% . . . beteiligt. . . . Also würde ein Viertel der Beteiligten evangelisch sein; tatsächlich haben also von vornherein die Katholiken in erdrückendem Maße die Oberhand. Was das bei Ihrem Zusammenhalten, Ihrer einheitlichen zielbewußten Leitung bedeutet, braucht man nicht besonders auszuführen. Das zeigt sich auch sofort, wenn wir die Zahl der bei den christlichen Gewerkschaften angestellten evangelischen und katholischen Sekretäre miteinander vergleichen. Vor 1 1/2 Jahren waren von rund 120 Beamten der christlichen Gewerkschaften rund 20, d. h. 16—17% evangelisch. Heute beträgt die Zahl der Beamten 220—230, aber evangelisch sind nur 27, d. h. 12—13%, also eine Abnahme in 1 1/2 Jahren um 40%. Kein ziffernmäßig müßte also bei 25% Evangelischen — wie wir angenommen haben — die Zahl der evangelischen Beamten in den christlichen Gewerkschaften mindestens 55 (statt 27) betragen. Es ist zweifellos, daß, wenn die Katholiken nicht den Löwenanteil auf diesem Gebiete davon getragen hätten, sofort das lauteste Geschrei über Inparität laut werden würde.“

In Hirsch-Dunder'schen und sozialdemokratischen Blättern konnte man im letzten Jahre lesen, daß von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften nur 5% evangelisch seien. Man sieht: Jeder legt sich den Prozentfuß zurecht, wie er für seine Zwecke paßt. U. E. sind beide Annahmen falsch, doch lehnen wir ein weiteres Eingehen auf diese Schlußfolgerungen ab. Ob die vor 1 1/2 Jahren zugrunde gelegte und die gegenwärtig angenommene Zahl der Beamten der christlichen Gewerkschaften stimmt, wissen wir nicht genau, nur soviel wissen wir, daß zurzeit zwischen 30 und 40 evangelische Kollegen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung als Sekretäre angestellt sind. Und daß diese Zahl nicht noch höher ist, liegt, wie uns wohl alle evangelischen Kollegen, die den einzelnen Verbandsvorständen angehören, bezeugen werden, wohl zu allererst an konfessioneller Voreingenommenheit. Als der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften im vergangenen Sommer weitere Sekretariate errichtete, erhielten von vornherein evangelische Bewerber den Vorzug. Ja, außerhalb der Bewerbung wurden sogar evangelische Kollegen zur Annahme der ausgeschriebenen Stellen mit einem bedeutend höheren als dem sonst in der christlichen Gewerkschaftsbewegung üblichen Anfangsgehalt zu bestimmen versucht. Auch die damals ausgeschriebene Stelle auf dem Generalsekretariat sollte möglichst mit einem evangelischen Kollegen besetzt werden. Die evangelischen Bewerber waren jedoch meist Kollegen, die erst ganz kurze Zeit der Bewegung angehörten — und solche kann man, ohne sich den Vorwurf sträflicher Leichtfertigkeit zuzugewenden, nicht auf ähnliche Posten stellen — oder aber sie beanspruchten, weil in ihren früheren Stellungen entsprechend

entschädigt, höhere Gehälter, als selbst die Kollegen erhalten, die gegenwärtig in der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit an erster Stelle stehen und in der Gründungszeit unsäglich materielle und persönliche Opfer gebracht haben. Nehmliche Erfahrungen haben auch schon mehrere Verbandsvorstände gemacht. Wohl in der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung wird schon seit Jahren die Praxis geübt, daß bei der Anstellung von Beamten, wenn die Verhältnisse in dem Wirkungskreis desselben es nur irgendwie ratsam erscheinen lassen, bei nur annähernd gleicher Qualifikation der Bewerber, stets die evangelischen Kollegen bevorzugt wurden. Die Bezirke, in denen evangelische Beamte angestellt wurden, bevor dort eine entsprechende Mitgliederzahl oder erfolgversprechende Ansätze vorhanden waren, sind in der christlichen Gewerkschaftsbewegung viel häufiger anzutreffen als umgekehrt. Bei der Anstellung weisen wohl fast durchgängig und aus sehr natürlichen Ursachen — auf katholischer Seite wird die christliche Gewerkschaftsbewegung fast allenthalben schon seit einem Jahrzehnt propagiert, während in evangelischen Kreisen in größerem Umfang dies erst seit einigen Jahren der Fall ist — die katholischen Bewerber eine längere Mitgliedschaft auf als ihre evangelischen Kollegen. Dem Umstande, daß er katholisch war, hat wohl noch kein Beamter der christlichen Gewerkschaften seine Anstellung zuschreiben, wohl aber wurden in manchen Bezirken evangelische Sekretäre angestellt, die vorher nur wenig agitatorisch tätig waren, sich jedenfalls nirgendwo eine Position erarbeitet hatten und teilweise, infolge zu kurzer Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften, eine solche sich nicht beschaffen konnten. Lokaler als in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, insbesondere nach der konfessionellen Seite, wird und läßt sich wohl nirgendwo bei der Anstellung von Beamten verfahren. Im übrigen möge man nur die Arbeiter beider Konfessionen in den christlichen Gewerkschaften ungeschoren lassen; der Verlauf des Frankfurter und des Berliner Kongresses, sowie die mehr als zehnjährige Geschichte der christlichen Gewerkschaften haben bewiesen, daß die Arbeiter bei Vertretung ihrer Standesinteressen sich sehr gut verstehen und auch hinsichtlich der Wahrung der Parität Takt und Gerechtigkeitsinn genug besitzen, um zum richtigen Weg zu gelangen. Das wird die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften auch in der Zukunft beweisen.“

Dieses mag auch den Konfessionschneidern als Antwort dienen, die da glauben, sich in die Verhältnisse des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands einmischen zu müssen, obwohl für sie als Nichtarbeiter oder auch als Nichtholzarbeiter hierzu gar keine Veranlassung besteht.

Das Agitationsfeld der Tapezierer. Vom sozialdemokratischen Tapeziererverband wurde im September vorigen Jahres eine Statistik aufgenommen, die wertvolle Fingerzeige für die Agitation ergibt. Die Statistik erstreckte sich auf 141 Orte mit insgesamt 13 847 Gehilfen. Hiervon sollen nach Angabe des „Korrespondenzblattes des Verbandes der Tapezierer und verwandte Berufsgenossen“ 8414 = 60,76% organisiert sein. In den Städten, wo der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Eingang gefunden hat, ergibt sich folgendes Bild:

Ort	Gehilfen zahl	organisiert zahl	Ort	Gehilfen zahl	organisiert zahl	
Nachen	68	1826,47	20	Hagen i. B.	55	4174,55
Augsburg	21	1257,14	7	Steroborn	7	228,57
München	62	3150,00	25	Hamburg		
Bamberg	36	2158,61	10	Mitau	600	67167,10
Berlin	3000	16455,46	441	Hann i. B.	22	1254,54
Heiden	29	1137,93	11	Hannover	308	24980,84
Rödingshütte	19	631,58	6	Heidelberg	70	3042,85
Rattowitz	15	533,33	6	Heilbronn	24	1354,17
Gleiwitz	13	430,72	6	Helmstedt	18	844,44
Mielefeld	61	3659,01	24	Süßesheim	43	3479,14
Gerford	20	1365,00	11	Ruderslautern	31	1238,71
Bochum	51	2243,13	28	Karlstraße	120	5142,50
Bonn	60	1220,00	30	Kiel	150	10972,66
Braunschweig	92	7682,66	27	Leipzig	400	27503,75
Bremen	175	14683,43	30	Liegnitz	32	1546,87
Breslau	350	28782,00	94	Zumburgshausen	29	1346,87
Reiffe	13	646,15	6	Lübeck	65	5787,69
Bromberg	37	1951,35	16	Ragdeburg	185	6535,13
Cassel	135	8059,25	72	Ratze	120	3630,00
Coblenz	58	2339,65	14	Rannheim	140	12085,71
Eöln	407	18645,70	102	Reg	41	2765,85
Crefeld	50	816,00	22	Rindern	22	1359,09
Danzig	88	8394,32	25	Rülhausen		
Darmstadt	148	10973,65	20	i. B.	16	743,75
Dortmund	120	10683,33	38	Rülhausen		
Dresden	450	33774,88	157	i. G.	35	2057,14
Duisburg	60	4270,00	20	München	500	38977,80
Mühlheim (Ruhr)	25	728,00	16	Paffau	16	—
Düsseldorf	35	—	12	R.-Gladbach	17	1694,11
Düsseldorf	209	7628,25	60	Ründer i. B.	55	2443,63
Heuß	12	325,00	3	Ründerberg	200	13085,00
Eisenach	23	1773,91	6	Osnaabrück	37	2156,75
Elberfeld			6	Raderhorn	17	1270,58
Barmen	110	4339,10	40	Pforzheim	60	2286,66
Elbing	25	25100,00	8	Rosen	90	4047,77
Erfurt	56	4376,78	21	Regensburg	28	2175,00
Essen (Ruhr)	140	6949,28	30	Rentisch	17	952,94
Frankf. a. M.	413	30072,64	145	Saarbrücken	45	2555,55
Höchst	24	1250,00	6	Schweinfurt	16	956,25
Homburg v. d. G.	17	423,53	8	Solingen	29	1862,06
Offenbach	42	2764,28	18	Strasbourg	135	3525,92
Freiburg i. B.	130	6953,07	35	Stuttgart	300	20859,43
Hart	35	2160,00	18	Ulm	50	1428,00
Heilbronn	25	1872,00	9	Unna	23	1356,52
Hildesheim	52	2548,07	14	Wiesbaden	200	10452,00
Höttingen	32	721,87	16	Worms	24	625,00
			16	Würzburg	37	1540,54
			16	Zeitz	9	666,66

Ohne Zweifel ist in manchen der genannten Orte noch ein beträchtlicher Teil der Tapeziererkollegen für unsern Verband zu gewinnen. Wenn bis heute die christliche Tapezierer-

Bewegung eine nennenswerte Bedeutung noch nicht erlangen konnte, so erscheint hier eine ernste Gewissensforschung angebracht. Ohne systematische Snaangriffnahme des brachliegenden Agitationsfeldes wird niemals kaum ein Erfolg erzielt werden können. Den Hauptstellenverwaltungen liegt deshalb die Aufgabe ob, mehr wie bisher unter den Tapezieren zu wirken. Die Berufsorganisation zu stärken und zu festigen ist zwar in der Hauptsache Aufgabe der Berufsfolger selbst, aber jedes Verbandsmitglied verlegt seine Pflicht, wenn es nicht in ebenso entschiedener Weise, wie unter seinen Branchekollegen, unter jenen Arbeiterkategorien agitatorisch tätig ist, die seiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Die Förderung der Vereinigung der Tapezierer und verwandter Berufe im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter ist Pflicht einer jeden Geschäftsleitung.

Sontage des sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verbandes fanden außer den schon früher erwähnten, noch in Breslau (Gau Breslau), Heidelberg (Gau Frankfurt), Nürnberg (Gau Nürnberg), Moskau (Gau Stettin), Löben (Gau Magdeburg), München (Gau München) und Berlin (Gau Berlin) statt.

In Gau Breslau ist eine beträchtliche Abnahme der Mitgliederzahl zu konstatieren. Gesunken ist letztere auch im Frankfurter Gau. Rund 8000 Holzarbeiter sind hier noch unorganisiert. In Heidelberg beschäftigte man sich mit der Streitkraft, der Maßfeier, der Bremstaktik des Hauptverbandes u. a. Angeregt wurde eine gründliche Behandlung der Streitkraft seitens der Generalkommission, damit die großen Auspostungen, die aus kleinen Streiks hervorgehen, ausbleiben. Beschlossen wurde, den Unterstützungs-Rufschuß für Parteimitglieder bei Streiks von 3 Kindern auf 5 zu erhöhen. Ein Antrag auf Einführung von Staffelbeiträgen wurde abgelehnt.

In Gau Nürnberg wurden sechs neue Geschäftsstellen gegründet. Der Mitgliederzuwachs entfällt jedoch nur auf die Geschäftsstellen Nürnberg, Fürth und Erlangen. Die Geschäftsstellen Hirschaid und Eichstätt gingen durch die raffinierte Agitationsweise der Gegner wieder verloren. Selbige wurde über den Terrorismus der „Christen“ in Düringen. Hier sollen sich die Mitglieder des sozialdem. Verbandes mit dem Hauptverband nicht auf der Straße sehen lassen dürfen ohne vorher zu laufen, demütigt und entlassen zu werden. Ganz anderer Stein hat hiermit seinen Getreuen etwas vorgehalten, da es christlich organisierte Arbeiter in Düringen nicht gibt. Er sucht aufcheinend nach Gründen für seine Niederlage. Nach seinen Aussagen kostete in der schwarzen Düringener auch noch viele Mühe, die Kollegen von der Rotenmenschen des sozialdem. Verbandes zu überzeugen. 10000 Holzarbeiter sollen im Gau noch unorganisationsfähig sein. Einen Antrag auf Einführung der Staffelbeiträge lehnte der Vorstand ab; hingegen wurde ein Antrag auf Einführung der Parteimitglieder-Unterstützung dem Vorstande zur Berücksichtigung übergeben.

In Moskau wurde über die höchsten Löhne geklagt, die im Bereich des Gau Stettin gezahlt werden. 18-14 Mk. pro Woche seien keine Seltenheit. Vor den G.-D.-Gewerkschaften wurde allerdings gemacht. Der Vertreter des Hauptverbandes König-Statistik polemisierte gegen die Wünsche bezüglich einer Beitrags- und Unterstützungserschöpfung. Im Jahre 1906 habe der Verband allein an Arbeitslosenunterstützung 25700 Mk. gezahlt. Im Jahre 1907 wäre die Summe noch höher zu liegen.

Auf dem Ostheimer Sonntag bemängelten einige Delegierte die bisherige Taktik, welche die Entwertung der Beitragsverhältnisse im Automobiltempo bewirkt habe. An den Verhandlung soll ein Antrag eingereicht werden, monach bei jetzigen Gehaltssteigerungen der Beamten ein Höchstgehalt von 2000 Mk. nicht überschritten werden darf. — In München kam man darüber, daß jedes Kind gemauert werden von der hoch. Geschäftlichkeit, von den Arbeitervereinen und christl. Gewerkschaften wieder ständig gemacht würde. Der Gau soll 428 organisierte Arbeiterinnen. Die Lohnbewegung war in der Berichtzeit eine äußerst reg. Dem Hauptverband zur Würdigung überweisen wurde ein Antrag der Arbeiter-Schicht der Arbeiter, unter den Heimarbeitern der Aufrechterhaltung eine intensive Agitation zu betreiben, da die letztere der Heimat bei Lohnbewegungen kein. — In dem Berlin ging die Mitgliederzahl im Jahre 1907 um 42800 zurück. 20800 Parteimitglieder sind noch vorhanden. Auf dem Sonntag referierte Haupt-Statistik über: „Unser Selbstvertrauen und die Zukunft.“ Nach seinen Ausführungen steht im Verbande noch das Vertrauen zu der Parteiführung und zu der Beitragstaxe der Arbeiter. Ein Delegierter machte den Entwertungs des Kampfmittel der Partei. Es gelangte ein Antrag zur Annahme, der besagt, bei Verhandlung möge bestritten, bei Sitz des Verbandes mit Stuttgart nach Berlin zu verlegen. Der Verband soll sich in Berlin Verlegungen oder Aufrechterhaltung nach Folge leisten.

Verbandstage. In der „Holzarbeiterzeitung“ macht der Vorstand des sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verbandes bekannt, daß der siebente ordentliche Verbandstag dieser Organisation am 24. Mai und die folgenden Tage in Stettin stattfindet. — Der erste ordentliche Verbandstag des sozialdemokratischen Böttcher-Verbandes findet am 15. Juni und folgende Tage in Cassel statt.

Soziale Rechtsprechung.

Prämienzahlung trotz Entlassung. Am Essener Gewerbegericht klagte ein Mobellschreiner gegen die Maschinenfabrik „Union“ auf Zahlung von 30 Mk. Der Forderung lag folgender Sachverhalt zugrunde: Im Frühjahr 1906 waren die Arbeiter der Firma „Union“ in eine Lohnbewegung eingetreten, die für die Arbeiter einige Erfolge brachte. Es wurde ein Vertrag vereinbart; auf Grund des Absatzes 9 dieses Vertrages, der folgenden Wortlaut hat, erhebt der Kläger seinen Anspruch auf Zahlung von 30 Mark: „Wir sind aber bereit, eine Erhöhung des Verdienstes in Abhängigkeit von der Arbeitsdauer zu gewähren, in der Weise, daß wir sämtlichen Arbeitern, welche jeweilig am 1. Dezember eines Jahres ein Jahr und darüber tätig sind bei uns, einen Verdienstzuschlag von 3 Prozent nachzahlen, berechnet aus dem Gesamtverdienst des abgelaufenen Jahres vom 1. Dez. bis zum 1. Dezember. Die Auszahlung dieses Mehrverdienstes erfolgt am 24. Dezember bei Arbeitschluß an diesem Tage. Für das laufende Jahr würde diese Vergütung vom 1. April in Kraft treten.“ Der Kläger forderte nun für das Jahr 1907 bis zu seiner erfolgten Entlassung im Dezember die drei Prozent seines Gesamtverdienstes. Die Firma wandte ein, daß diese besonders Vergütung nur an die Arbeiter gezahlt würde, die am 1. Dezember noch auf dem Werke seit einem Jahre tätig seien. Der Kläger ist nun wegen Arbeitsmangel entlassen worden, ohne sein Ver schulden ist er also um die Vergütung gebracht worden. Das Gericht erkannte, da der Vertreter der „Union“ die 30 Mark bis zum Tage der Entlassung an Prozenten als richtig berechnet angab, den geforderten Betrag an. Der Vorsitzende begründete das Urteil dahin, daß der Tarif nicht bejage: „Wer entlassen ist, geht aller Ansprüche verloren“, zudem sei der Kläger 3 1/2 Jahre dort beschäftigt gewesen.

fachliche Notizen.

Weißer Politurflecken, ihre Vermeidung und ihre Beseitigung. (Nachdruck verboten).

Weißer Flecken auf der Politur können gar manchen ratlos machen. Sie bilden eine geradezu heimtückische Krankheit des polierten Holzes, und es erscheint bezeichnend, daß viele sie als einen durchweg unvermeidlichen Mangel aller Polierarbeit meinen hinzunehmen zu müssen. In einer solchen grundtäglichen Duldung liegt ein Verstoß gegen die vornehmste Unternehmung unter den Pflichten des Ausstellers und das Gebot ihrer Entzerrung liegt indessen für die Praxis nicht der mindeste Nachteil vor. Man muß nur erst mit voller Bestimmtheit wissen, woraus dieses Uebel entsteht. Dann wird man um die Mittel zur wirklichen Vermeidung und nachträglichen Beseitigung der weißen Politurflecken nicht verlegen sein.

Genau genommen sind nämlich die weißen Politurflecken ein wesentlicher Beweis für ungeschickliche Polierarbeit. Das Polieren ist da entweder mit schlechtem Material erfolgt, oder ohne genügende Holztauglichkeit, oder beides ist daran schuld. Im einzelnen kann das auf vielerlei Momente zurückzuführen sein. Da ist vielleicht das verwendete Holz noch zu naß gewesen; da war wohl die Weise noch nicht genügend getrocknet, bevor die Politur darauf kam. Auch kann der Spiritus zu starkem Wassergehalt gehabt haben. Insbesondere kann verfallener Schellack zur Verwendung gekommen sein. Kurz und gut: Will man das Auftreten der weißen Politurflecken vermeiden, so poliert man erstens und vor allem unter Holzrechnung ausreichender Material- und Lufttrockenheit, wodurch ja der wertvolle Fachmann weitere Anweisungen hier wohl nicht noch besonders erwartet. Zweitens aber, und das ist nicht jedem Praktiker ohne weiteres geläufig, sehr man beim Polieren auf gutes, unversäultes Material. Und das ist nicht schwierig.

Beim Spiritus ist das nicht im geringsten unverständlich; denn hier kommt es ja letztendlich doch nur darauf an, daß sein Wassergehalt nicht zu groß ist. Und man darf da im allgemeinen sagen, daß Spiritus von 92-96% als hochgradig genug angesehen ist. Wie man diesen Grad feststellen kann? Dazu gibt es den Alkoholometer, ein Instrument, das für geringes Geld käuflich ist und in keiner Polierwerkstatt fehlen sollte. Es zeigt auf den Grad genau den Gehalt des Spiritus an und schützt daher am sichersten gegen Verunreinigungen beim Einkauf.

Wichtiger noch ist aber die Gewißheit von der Unverfälschtheit des Schellacks. Man sollte sich da unter keinen Umständen auf die Zusicherungen des Lieferanten gutgläubig verlassen. Selbst prüfen ist auch hier das Raschamste. Und das ist keineswegs sonderlich umständlich. Denn da die Schellackfälschungen fast ausnahmslos mit Kolophonium vorgenommen werden, genügt es, wenn man die Anwesenheit des Kolophoniums und den Gehalt desselben im Schellack feststellen kann. Als Prüfungsmittel dazu benutzt man Wasser mit starker Kochsalz- oder Rohrzuckerlösung. In jeder dieser Flüssigkeiten sinkt nämlich der Schellack alsbald zu Boden, während Kolophonium an der Oberfläche schwimmen bleibt. Man muß nun also den Schellack zu feinstem Pulverstaub zerkleinern und dann in eine der genannten Wasserlösungen streuen. Hierauf schüttelt man das Ganze tüchtig um und läßt es ruhig stehen. Schon bald wird man dann bei stark kolophoniumhaltigem Schellack wahrnehmen, daß sich die Flüssigkeit in zwei verschieden gefärbte Schichten sondert. Es entsteht oben eine weißliche und darunter eine gelbbräunliche Lage. Nach längerem Abwarten setzt sich die bräunliche Masse am Gefäßboden an, während der weißfarbige Bestand an der Oberfläche verbleibt. Was am Boden sitzt, ist Schellack; was oben auf schwimmt, ist Kolophonium. Das ist die sicherste und einfachste Methode, Kolophoniumfälschungen im Schellack festzustellen. Viel zu allgemein klagen die so oft gepredigten und stets von frischem als neue Weisheiten angegebenen anderen Merkmale, wonach guter Schellack matte Oberfläche und matte Bruchfläche besitzen soll, verfallener dagegen hier harten Glanz aufweise, und weiter, daß guter Schellack sich nicht so schnell wie der minderwertige in Spiritus auflöse. Solche Praxis kann nur ungewöhnliche, positive Hinweise gebrauchen, wie sie in der vorbeschriebenen Methode der Schellackprüfung in Wasserlösung an die Hand gegeben sind.

Nun zur Frage: Wie sind schon vorhandene weiße Politurflecken zu beseitigen? Da muß man bedenken, daß sich unter der Politurschicht zufolge der Feuchtigkeit und des schlechten Materials hellweißgraue Pilze entwickelt haben. Aus ihnen bestehen die weißen Flecken. Den Pilzen muß also zu Leibe gegangen werden. Sie müssen abgetötet und alle Feuchtigkeit muß dem polierten Holze entzogen werden. Das hat möglichst derart zu geschehen, daß dabei die Politur nicht in Mitleidenschaft gezogen zu werden braucht. Bei nicht allzu starkem Auftreten der weißen Flecken geht dies ja wohl auch ganz gut an. Man überstreicht die betroffenen Stellen mit starkem Spiritus, der die Fleckenpilze zerstört, und bringt dann die Möbel zugleich in die Wärme, etwa in vorstichtige Nähe des Ofens, um den Wassergehalt herauszutreiben. Die Politur leidet darunter nicht weiter. Sind dagegen die Fleckenstellen besonders stark hervorgeraten, so kommt man mit diesem Verfahren nicht zu dem gewünschten Erfolg. Ohne beeinträchtigende Inanspruchnahme der Politur ist jetzt nicht mehr zu helfen. Hier muß nur noch ein Radikalmittel: Spiritus, der übergestrichen und angezündet wird. Um dabei die Politur vor allzu gründlicher Schädigung zu bewahren, empfiehlt es sich, die fleckigen Stellen vorher mit Leinöl zu bestreichen und erst dann den brennenden Spiritus hellen zu lassen. Durch Wirkung des Leinöls geschieht dann der Politur nur sehr geringer Nachteil. Ist da der Spiritus abgebrannt, so sind die weißen Flecken weg, und es bedarf dann an diesen Stellen nur eines leichten Nachpolierens, um das Ganze wieder auf fleckenlose, frische Politur zu bringen.

1. Ostdeutsche Gewerkschaftskonferenz.

Am Sonntag den 15. März d. J. findet in Bromberg eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz

statt. Die Konferenz wird im „Schützenhaus“ Thorerstraße (Einfahrt der Straßenbahn) vormittags 11 Uhr beginnend, abgehalten.

Tages-Ordnung:

- 1. Wie arbeiten wir mit den konfessionellen Arbeitervereinen Hand in Hand? Referent: Behrens, Essen.
- 2. Die christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Referent: Joh. Sieberis, R. Stabach.
- 3. Wie betreiben wir die Agitation im Nordosten. Referent: Aug. Schöneklus, Königsberg.
- 4. Verschiedenes.

In dieser Konferenz können alle Geschäftsstellen und Ortsleiter Delegierte entsenden. Die Konferenz gilt für die Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen. Der östliche Teil von Brandenburg und Pommern (wegen zu großer Entfernung aus). Die Delegierten sind umgehend zu wählen und den Bezugssekretären oder dem Unterzeichneten zu melden. Die Kosten tragen die Lokalkassen.

J. A. P. Schopohl, Bromberg, Polenerplatz 13.

Detmold.
Grösste
Tischler-Fachschule
Programm frei. Dir. Reinsking.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formelakre f. Tischler à Mk. 1.55.
Die Stillakre L. J. f. Tischler à Mk. 1.55.
In beziehen von
Direktor Reinsking, Detmold.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor **STREICH**
Werkmeister, Techniker, Zeichner.
Anerkant vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
Die Druckerei, Lessnigstraße Nr. 15.
Eingelagte Fernkurse
Für **Schreiner!**
Koblenz, Wilmshaus, ca. 60 Platten mit 300 Zeichnungen, 1-10 Jahrg. wegen Ausgus für Mk. 3. Schreyer's Nr. 15.
H. Raab, Kupferstr., Düsseldorf
Feldstraße 22.

Die modernen Holzbeizverfahren.
Leitfaden für die Praxis, gegen 1,10 Mk. (in Briefmarken) zu beziehen von
Gewerkschaftsdirektor Köpfe,
Sagen i. W.
Jeder Kollege
muß im Besitze des
Jahrbuches der deutschen Gewerkschaften
für das Jahr 1908 sein.